

DIE UMSIEDLUNG  
DER DEUTSCHEN  
BEVÖLKERUNG  
AUS POLEN

**LEGENDE UND WIRKLICHKEIT**

PRESSEAGENTUR WEST  
WARSAWA · 1966 · POZNAŃ

Bibliothek  
der Friedrich-Ebert-Stiftung

k 2121 FES - 6. 4. 71

ZACHODNIA AGENCJA PRASOWA  
(PRESSEAGENTUR WEST)  
Warszawa, Nowy Swiat 27

Umschlag  
Franciszek Barącz

Printed in Poland

I N H A L T

EINLEITUNG . . . . .	7
EINE VERHÄNGNISVOLLE LEGENDE . . . . .	13
ALS DIE UMSIEDLER NOCH KEINE UMSIEDLER WAREN	17
NAZI-UMSIEDLUNGEN . . . . .	24
DIE ÜBERLEGTE ENTSCHEIDUNG . . . . .	20
DER TODESMARSCH . . . . .	37
DIE UMSIEDLUNG DER DEUTSCHEN AUS POLEN . . .	43
WIE IN DER BUNDESREPUBLIK DIE „VERTREIBUNGS- VERLUSTE“ ERRECHNET WERDEN . . . . .	52
ANHANG . . . . .	50

ZAKŁADY GRAFICZNE PWP „RUCH”,  
Wrocław, ul. Krasirskiego 5

## EINLEITUNG

Diese Broschüre basiert u. a. auf dem Buch von Dr. Stanislaw Schmitzek „Vertreibungsverluste — Westdeutsche Zahlenspiele“, das im Verlag der Presseagentur West auch in deutscher Sprache erscheinen wird. Dieses Buch enthält eine Analyse westdeutscher Statistiken sowie eine Einschätzung des wahren Umfangs und der wirklichen Ursachen der s. g. „Vertreibungsverluste“.

Die Wahrheit über die vom Nazi-Reich im II. Weltkrieg verübten Verbrechen ist tief im Bewußtsein der Völker verankert. Jedes europäische Volk, das die nazistische Besetzung durchstehen mußte, kann sich dabei auf seine eigenen Erfahrungen berufen.

Für die Franzosen ist Oradour das Symbol dieser Verbrechen. Jedes Volk, das unter der nazistischen Besetzung gelitten hat, hat eigene Symbole dieser Art. Sie versinnbildlichen unzählbare Verbrechen.

Polen, das als erstes Versuchsfeld der nazistischen Massenausrottung wurde und wo diese Ausrottung im größten Maßstab durchgeführt wurde, ist ein solches Symbol für ganz Europa. 6 Millionen ermordete polnische Staatsbürger, Vernichtungslager — Fabriken des Todes und Konzentrationslager, in denen neben Juden und Polen auch Franzosen, Italiener, Holländer und Staatsangehörige aller von den Nazis besetzten Länder umkamen, dies alles verbirgt sich hinter diesem Symbol.

Das polnische Volk hat die im Verlauf des II.

Weltkrieges erlittenen Verluste natürlich nicht vergessen. Das ist auch gar nicht möglich. Diese Verluste sind eine Frage des nationalen Gedenkens. Die polnische Außenpolitik geht jedoch — ohne die Erfahrungen der Vergangenheit zu vergessen — von der Lage aus, die im Ergebnis des Sieges der Großen Antinazistischen Koalition im II. Weltkrieg, entstanden ist, wobei sie sich von der Gewährleistung der Sicherheit Polens im Rahmen der europäischen Sicherheit als ihrem grundlegenden Ziel leiten läßt.

Polen betrachtet die Anerkennung des endgültigen Charakters der Grenze an der Oder und der Lausitzer Neiße als eine grundlegende Voraussetzung für diese Sicherheit. Es ist bekannt, daß die Sowjetunion und andere sozialistische Länder dieselbe Haltung einnehmen. Von den Westmächten hat bisher nur Frankreich mit dem Munde de Gaulle's eine klare und unzweideutige Stellung in dieser Frage eingenommen. Andererseits ist jedoch bekannt, daß es auch in den anderen westlichen Ländern, mit Ausnahme der Bundesrepublik, keinen verantwortungsbewußten Politiker gibt, der sich nicht über den endgültigen Charakter dieser Grenze im klaren wäre.

Die Festigung der europäischen Sicherheit liegt auch den polnischen Vorschlägen über die Schaffung einer atomfreien Zone in Europa (Rapacki-Plan) und über die Einfrierung der Atomrüstung auf diesem Gebiet (Gomułka-Plan) sowie dem letzten polnischen Vorschlag zugrunde, eine

Konferenz über die europäische Sicherheit und Zusammenarbeit einzuberufen.

Polen strebt ganz und gar nicht danach, daß die verhängnisvolle Vergangenheit der Jahre 1939—1945 (und auch das frühere Erbe der polnisch-deutschen Beziehungen) für alle Zeiten ihren düsteren Schatten auf die Zusammenarbeit zwischen dem polnischen und dem deutschen Volke werfen. Mit seinem unmittelbaren deutschen Nachbarn, der Deutschen Demokratischen Republik, lebt Polen nicht nur in Frieden, sondern unterhält mit ihm enge Beziehungen der gutnachbarlichen Zusammenarbeit und Freundschaft. Dies wurde dadurch möglich, daß die Deutsche Demokratische Republik mit allen Bestrebungen des deutschen Imperialismus gegenüber Polen und ganz Ost-Europa unwiderruflich gebrochen hat. Ein sichtbarer Ausdruck dessen war die Anerkennung des endgültigen Charakters der Grenze an der Oder und Lausitzer Neiße im Abkommen von Zgorzelec aus dem Jahre 1950. Die polnische Öffentlichkeit verfolgt und verzeichnet mit größter Aufmerksamkeit sämtliche Äußerungen eines nüchternen politischen Realismus in den verschiedenen Bevölkerungskreisen der Bundesrepublik.

Der konstruktive Charakter der erwähnten polnischen Vorschläge beruht darauf, daß ihre Verwirklichung die Lösung der deutschen Frage erleichtern und die Perspektiven eines friedlichen Zusammenlebens des polnischen Volkes mit dem ganzen deutschen Volk eröffnen würde.

Wenn es bisher noch nicht zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik gekommen ist, so ist der Grund dafür nicht darin zu suchen, daß die Menschen in Polen die Vergangenheit nicht vergessen wollen oder können. Der Grund liegt ausschließlich darin, daß die Bundesrepublik die Gegenwart nicht anerkennen und die im Ergebnis des Sieges der Großen Antinazistischen Koalition im II. Weltkrieg über das III. Reich entstandene Lage nicht wahrhaben will.

Die Bundesrepublik erkennt die Grenze an der Oder und Lausitzer Neiße nicht an. Die westdeutsche Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Grenzen aus dem Jahre 1937 weiterbestehen. Diese Haltung ist gleichbedeutend mit dem Anspruch auf die Gebiete im Westen und Norden Polens, die das polnische Volk aus den Zerstörungen des Krieges wieder aufgebaut hat und wo heute 8,5 Millionen Polen wohnen, wovon 50% nach dem Kriege hier das Licht der Welt erblickt haben. Die Bundesregierung unterstützt offiziell die revisionistischen Umsiedlerorganisationen, die die öfteren Ansprüche anmelden, die noch bedeutend weiter gehen und die Rückkehr der deutschen Umsiedler in jene Gebiete fordern, aus denen sie aufgrund des Potsdamer Abkommens ausgesiedelt worden sind.

Die Gebietsforderungen der Bundesrepublik gegenüber Polen sind ein Teil derselben westdeutschen Politik, die die militärische Kraft der Bundesrepublik gewaltsam ausbaut und immer

hartnäckiger den Zutritt zu Atomwaffen fordert. Diese beiden Elemente der westdeutschen Politik müssen gemeinsam erörtert werden. Die Gebietsforderungen bilden gekoppelt mit den großangelegten Rüstungsvorhaben, vor allem aber mit den atomaren Gelüsten Bonns eine explosive Mischung, die für den Frieden in Europa und in der Welt überaus gefährlich ist.

Hinzu kommt noch die aufsteigende Welle des neuen Nationalismus in der Bundesrepublik. Die hinsichtlich ihres Produktionspotentials in der westlichen Welt an zweiter Stelle stehende Bundesrepublik strebt hartnäckig danach, in der Weltpolitik, vor allem aber in der NATO und in den westeuropäischen Integrationsvorgängen eine politische Position einzunehmen, die ihrem wirtschaftlichen Rang entsprechen würde.

Dieser neue deutsche Nationalismus, der an die grundlegenden Prinzipien des ehemaligen deutschen Imperialismus anknüpft, empfindet die nazistische Vergangenheit, vor allem aber die nazistischen Kriegsverbrechen, wie einen Hemmschuh. Die vom III. Reich übernommene Kontinuität bestimmter politischer Richtungen (das Streben nach der deutschen Rückkehr in den Osten), die Kontinuität bestimmter Traditionen (z. B. die Übernahme der „guten“ Wehrmachtstraditionen durch die Bundeswehr), die Fortsetzung der persönlichen Verbindungen (ehemalige Nazis im Staatsapparat und im öffentlichen Leben in der Bundesrepublik) und schließlich die bewusste Ausnutzung der nationalistischen Stim-

mungen, alles das hindert die Bundesrepublik daran, sich entschieden von der nazistischen Vergangenheit loszusagen. Daher werden Bestrebungen wach, den Nazismus nur als eine Episode — ohne Wurzeln und Folgen — in der deutschen Geschichte anzusehen und daher machen sich Tendenzen bemerkbar, die Bedeutung der Nazi-kriegsverbrechen zu verringern.

Eine andere Methode, die demselben Ziel dient, versucht zu beweisen, daß für alles, was im II. Weltkrieg und im Zusammenhang damit geschehen ist, nicht allein das Nazi-Reich, sondern ebenfalls andere Staaten und Völker verantwortlich sind. So wird also die Schuld für die Entfesselung des II. Weltkrieges unter das III. Reich und Frankreich, England, die Vereinigten Staaten, vor allem aber Polen „aufgeteilt“. Wenn man schon die Nazi Verbrechen nicht aus der Welt schaffen kann, so kann man sie jedoch den „Verbrechen“ gegenüberstellen, die von anderen Staaten im II. Weltkrieg verübt worden sind, z. B. den anglo-amerikanischen Bombenangriffen auf deutsche Städte.

Zu den besonders häufigen westdeutschen Propagandatricks auf diesem Gebiet gehört die Beschuldigung Polens „im Zusammenhang mit der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus polnischen Gebieten Verbrechen begangen zu haben.“

Dieser Frage ist unsere Broschüre gewidmet.

## EINE VERHÄNGNISVOLLE LEGENDE

In verschiedenen westdeutschen Publikationen werden unterschiedliche Zahlenangaben über die Verluste der deutschen Bevölkerung der ehemaligen Ostprovinzen des Reiches bei ihrer Umsiedlung angeführt: 0,8 Millionen <sup>1)</sup>, 1,26 Millionen <sup>2)</sup>, 1,35 Millionen <sup>3)</sup>, 1,6 Millionen <sup>4)</sup>, 2 Millionen <sup>5)</sup>, 3 Millionen <sup>6)</sup>, 3,2 Millionen <sup>7)</sup>.

Schon allein die starken Abweichungen unter diesen Zahlenangaben (von 0,8 Millionen bis 3,2 Millionen) deuten darauf hin, wie wenig vertrauenswürdig die „Quellen“ sind, auf die sich derartige Angaben stützen.

<sup>1)</sup> Prof. Bruno Gleitze, *Ostdeutsche Wirtschaft*, Duncker und Humboldt, Berlin 1956, Seite 21.

<sup>2)</sup> *Wirtschaft und Statistik*, Heft 10, Oktober 1956, Seite 497.

<sup>3)</sup> *Die Deutschen Vertreibungsverluste*, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Stuttgart 1958, Seite 38.

<sup>4)</sup> *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa*, Bundesministerium für Vertriebene, Band III.

<sup>5)</sup> Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer auf dem Treffen der Schlesischen Landsmannschaft im Juni 1961 in Hannover (*Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 106 vom 13.VI.1961).

<sup>6)</sup> *Der Große Herder*, Freiburg, Band V., Spalte 816.

<sup>7)</sup> *Réalités Allemandes*, Edité par le Service de Presse et d'Information du Gouvernement Fédéral, Wiesbaden 1959, Seite 38.

Sogar ein solches Dokument, welches sich durch das andererseits große Verantwortungsbewußtsein seiner Verfasser kennzeichnet, wie die „Denkschrift der Deutschen Evangelischen Kirche über die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ gibt an, daß die Verluste der deutschen Bevölkerung im „Deutschen Osten“ (einschließlich Gdańsk, aber ohne die Verluste der Wehrmacht) in den Jahren der Flucht und Vertreibung auf 1,47 Millionen geschätzt werden (was 16,6% der Bevölkerung dieser Gebiete Ende 1944 entspricht). Hinzu kommen die Verluste, die die deutsche Bevölkerung in Vorkriegspolen erlitten hat, die sich auf 200 tausend Menschen belaufen. <sup>8)</sup>

In demselben Dokument heißt es:

„Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den heute unter polnischer Verwaltung stehenden ehemaligen deutschen Gebieten (ähnliche Überlegungen werden auch hinsichtlich anderer Gebiete angestellt) müssen als Unrecht und Vergehen gegen die elementaren moralischen Gebote angesehen werden“.

Die Behauptung von den angeblichen großen Verlusten der deutschen Bevölkerung im Zusammenhang mit ihrer Umsiedlung tauchen von Zeit zu Zeit auch in der Auslandspresse auf. So ver-

<sup>8)</sup> Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn, Verlag des Amtsblattes der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hannover.

öffentliche der „Combat“ im Juni 1965 z. B. eine Artikelserie unter dem Titel „La plus grande migration des temps modernes“ (Die größte Migration der modernen Zeit) von Bernard George, der die Thesen der westdeutschen Propaganda in dieser Frage nachspricht. <sup>9)</sup> Zum Abschluß dieser Artikelserie schreibt Herr B. George:

„... die offiziellen Quellen schätzen die Zahl derer, die während dieser Migration, dieses gigantischen Marsches auf Leben und Tod umgekommen sind, etwa auf 2 167 000 Personen.“

Ähnlich wie die Mehrzahl der westdeutschen Autoren, überläßt es auch Herr B. George dem Scharfsinn des Lesers zu erraten, wieviel von den auf 2 167 000 geschätzten Verlusten „polnischen Verbrechen“ zuzuschreiben sind.

Es verdient unterstrichen zu werden, daß die Artikelserie von Herrn B. George auf energische Proteste sowohl der französischen als auch der polnischen Leser des *Combat* gestoßen ist.

So bildet sich also um die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen eine Legende, die um so verhängnisvoller ist, weil sie die polnisch-deutschen Beziehungen und die politische Atmosphäre in Europa überhaupt vergiftet.

Um Legende und Wirklichkeit auseinanderzuhalten, müssen zuvor einige Fragen geklärt werden:

1. Wie kam es zur Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen?

<sup>9)</sup> *Combat* Nr. 6, 514 vom 2. VI. 1965, Nr. 6, 515 vom 3. VI. 1965 und Nr. 6, 516 vom 4. VI. 1965.

2. Welche Verluste erlitt die deutsche Bevölkerung der ehemaligen deutschen Ostprovinzen und unter welchen Bedingungen?
3. Wie werden in der Bundesrepublik die „Vertreibungsverluste“ errechnet?
4. Wie verlief in Wirklichkeit die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen?

#### ALS DIE UMSIEDLER NOCH KEINE UMSIEDLER WAREN

Die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen und anderen Ländern Mitteleuropas kann man nicht getrennt von der Rolle erörtern, die die deutsche Bevölkerung in der Vergangenheit in Polen, in der Tschechoslowakei und in anderen mitteleuropäischen Ländern gespielt hat.

Sie wurde hier angesiedelt in Folge der deutschen Kolonisation, die in den verschiedenen historischen Zeitabschnitten durchgeführt wurde; ein großer Teil der Bevölkerung stammte von germanisierten Slawen ab. Die deutsche Kolonisation dieser Gebiete stand nachmal mit dem Übergang zu höheren Formen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens im Zusammenhang. In vielen Fällen ebnete ihr jedoch Feuer und Schwert den Weg. Sogar dort, wo die deutschen Siedler auf dem Wege der friedlichen Durchdringung in diesen Gebieten Fuß fassten, versuchten sie oft, die gewonnenen wirtschaftlichen und kulturellen Einflüsse in politische Bevormundung zu verwandeln. Schon verhältnismäßig früh schmiedeten sie den Begriff und die Theorie von „der deutschen



Sendung, dem Osten die Zivilisation zu bringen". Auch heute noch spricht man in der Bundesrepublik stolz von dieser „Sendung“, mit fehlendem psychologischen Feingefühl für die historischen *Imponderabilien*. Demgegenüber erweckt diese mit Arroganz und Verachtung für alles Slawische erfüllte „Sendung“ die schlimmsten Assoziationen und eine tiefe Abscheu unter den mitteleuropäischen Völkern.

Wenn es sich um das Verhältnis zwischen den Deutschen und der polnischen Bevölkerung handelt, so war der Umstand von entscheidender Bedeutung, daß sich jener deutsche Staat, der in der neuzeitlichen Geschichte Deutschlands eine entscheidende Rolle spielen sollte, nämlich Preußen, auf slawischem, vor allem aber polnischem Boden entfaltet hat. Dieser Staat hat seinen Gebietsbestand durch die Unterwerfung weiterer polnischer Landesteile ausgedehnt und „abgerundet“ und spielte auch daher bei den Teilungen Polens eine entscheidende Rolle. Hand in Hand mit den preußischen Gebietsanexionen ging die brutale Germanisierung der polnischen Bevölkerung. Die Verhinderung der Wiedergeburt eines unabhängigen Polens wurde zur preußischen Staatsraison erhoben. Diese offizielle preußische Staatstheorie fand auch nach und nach in der Denkweise der deutschen Bevölkerung in diesen Gebieten ihren Niederschlag und beeinflusste ihr Verhältnis zur polnischen Bevölkerung.

Als nach dem ersten Weltkrieg trotz allem ein unabhängiges Polen entstand, war das für die

Deutschen, die sich plötzlich innerhalb seiner Grenzen befanden, ein wahrer Schock.

Ein auf diesem Gebiet bewandertes westdeutscher Forscher, E. Lemberg, schreibt dazu:

„Das Erwachen der ostmitteleuropäischen Völker, das die Deutschen Ostmitteleuropas überraschend vor eine bedrohte Lage und vor den allmählichen, unaufhaltbaren Verlust ihrer wirtschaftlichen und politischen Positionen in Ostmitteleuropa stellte, hatte sich für sie zumal bei der stärkeren Vitalität der meisten dieser Nachbarvölker in einer Art Psychose der belagerten Festung ausgewirkt.“<sup>10)</sup>

An einer anderen Stelle schreibt derselbe Verfasser:

„... und es ist bezeichnend, daß den Deutschen dieses Raumes die dem westeuropäischen Denken entsprechende Bezeichnung Minderheit (Minorität) dafür nicht genügte: In Politik und Wissenschaft und auf internationalen Kongressen haben sie um den richtigen Namen und die entsprechende Herausarbeitung gerade dieser politischen Kategorie, um ihre Anerkennung als Subjekt eines modernen Nationalitätenrechtes gekämpft...“<sup>11)</sup>

Den anderssprachigen Gruppen ihres Raumes, vor allem den Polen gegenüber, reagierten sie wie das Mehrheitsvolk eines Nationalstaates.“<sup>12)</sup>

Derartige Stimmungen unter den Deutschen in Polen, in der Tschechoslowakei und in anderen

<sup>10)</sup> E. Lemberg, *Der Wandel des politischen Denkens, in: Die Vertriebenen in Westdeutschland*, Band III. Ferdinand Hirt, Kiel 1959, Seite 446.

<sup>11)</sup> Lemberg a. a. O., Seite 440.

<sup>12)</sup> Lemberg a. a. O., Seite 437.

mitteleuropäischen Ländern leisteten der Machtergreifung Hitlers Vorschub. Schon im Jahre 1933 erklärte der Führer der deutschen Minderheit in Polen und eine der führenden Persönlichkeiten der heutigen schlesischen Landsmannschaft in der Bundesrepublik, Otto Ulitz, daß die polnische Bevölkerung für die Deutschen einen neuen Namen erdacht habe: Nazis. Diese Bezeichnung sollten die Deutschen als einen Ehrennamen in der Überzeugung tragen, daß es für jeden von ihnen eine Ehre sei, Deutscher zu sein.

Hitler ließ keinen Zweifel darüber offen, welche Ziele er mit Hilfe der deutschen Minderheiten in Mitteleuropa erreichen wollte. Auf einer vertraulichen Konferenz der Vertreter der Auslandsdeutschen im Jahre 1939 in Berlin erklärte er:

„Sie werden an vorderster Front unserer deutschen Kampfbewegung als die Vorposten Deutschlands es uns ermöglichen, unseren Aufmarsch zu vollziehen und unsere Kampfhandlungen einzuleiten... Sie sind Horchposten. Sie haben weit vor der Front bestimmte Unternehmungen vorzubereiten. Sie haben unsere eigenen Vorbereitungen zum Angriff zu verschleiern. Betrachten Sie sich als im Kriege... Sie sind heute vielleicht der wichtigste Teil des deutschen Volkes...“<sup>13)</sup>

Die Mehrheit der deutschen Minderheit in Polen folgte Hitlers Befehlen. Die schwachen sozialdemokratischen und katholischen antifaschistischen Gruppen waren eine Randerscheinung im Leben der deutschen Minderheit.

<sup>13)</sup> H. Rausching, *Gespräche mit Hitler*, Europa Verlag Wien — Zürich — New York, 1940, Seite 137.

Am Vortage des Nazi Überfalls auf Polen und im Verlauf des September-Feldzugs verwandelte sich die in Nazi-Organisationen zusammengefaßte deutsche Minderheit in Polen in eine „V. Kolonne“ der Wehrmacht, wobei gesagt werden muß, daß die Nazi-Organisationen die große Masse der deutschen Minderheit in Polen kontrollierten. Polnische Staatsbürger deutscher Abstammung flohen nach Deutschland, um dem Wehrdienst in der polnischen Armee zu entgehen. Nach deutschen Pressemeldungen hatten sich bis Mitte August 1939 allein im deutschen Teil Schlesiens 37 tausend solcher Flüchtlinge eingefunden. Sie bildeten dann den Kern des berüchtigten Freikorps Ebbinghaus, das noch vor dem Ausbruch des Krieges Tag für Tag Überfälle auf polnische Gebiete veranstaltete. Diversion, Sabotage, Spionage seitens der deutschen Minderheit sind ein gesondertes Kapitel des September-Feldzugs 1939. Die Fortsetzung dieser Tätigkeit war die schändliche Rolle, die die sogenannten „Volksdeutschen“ bei der Verfolgung der polnischen Bevölkerung während der Nazi-Besetzung Polens spielten. Sie waren Handlanger der Gestapo bei der Ausrottung der polnischen Bevölkerung. Noch vor dem Kriege spielten die Spionagenetze unter der deutschen Bevölkerung eine entscheidende Rolle bei der Ausarbeitung der berüchtigten „Fahndungsbücher“, die aus lauter Steckbriefen bestanden. Eines dieser Fahndungsbücher umfaßte die Namen von 61 tausend Polen, die im öffentlichen Leben Polens eine aktive Rolle spielten. Die darin

angeführten Personen fielen unverzüglich nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Polen Verfolgungen zum Opfer. Die Fahndungsbücher stützten sich vor allem auf Informationen, die für die Nazi-Spionage und Polizei, von den in Polen lebenden Deutschen beigebracht wurden. Sie spielten auch in der mit diesen Fahndungsbüchern entfesselten Menschenjagd eine große Rolle und lieferten die darin aufgeführten Personen der Gestapo aus.

Man muß auch an die Rolle erinnern, die die Deutschen in den ehemaligen deutschen Ostprovinzen bei der Machtergreifung Hitlers spielten. In den Reichstagswahlen vom 5.3.1933 errangen die Nazis in 7 Wahlkreisen über 50% der abgegebenen Stimmen:

Ostpreußen	56,5%
Szczecin (Stettin) — Pommern	56,3%
Frankfurt a/Oder	55,2%
Ost-Hannover	* 54,3%
Legnica (Liegnitz)	54,0%
Schleswig-Holstein	53,2%
Wrocław (Breslau)	50,2%

Fünf der stärksten Bollwerke des Nazismus (außer Ost-Hannover und Schleswig-Holstein) befanden sich also in den ehemaligen deutschen Ostprovinzen.

Am 12. März 1933 fanden Landtagswahlen statt. Im ganzen Reich errang Hitler nur in den nachstehenden Provinzen die absolute Mehrheit: Pommern, Grenzmark, Ostpreußen, Niederschlesien und Schleswig (mit Ausnahme der letzten, lagen alle Provinzen im Osten des ehemaligen Reiches);

und nur in den folgenden Städten: Szczecin (Stettin), Wrocław (Breslau), Legnica (Liegnitz), Königsberg<sup>14)</sup> (alle diese Städte befanden sich auf dem Gebiet der ehemaligen deutschen Ostprovinzen).

So erweist sich also, daß die nach dem Kriege umgesiedelte Bevölkerung der ehemaligen deutschen Ostprovinzen das zuverlässigste Bollwerk des Nazismus bildete. Daraus erklärt sich die panikartige Flucht vor dem Vormarsch der sowjetischen Truppen.

<sup>14)</sup> Vergleiche Kokot, *The Logic of the Oder Neisse Frontier*, Wydawnictwo Zachodnie (Verlag West), Poznań — Warszawa 1959, Seite 133—134.

## NAZI-UMSIEDLUNGEN

Die aufgrund des Potsdamer Abkommens durchgeführte Umsiedlung kann nicht getrennt von jenen Umsiedlungen erörtert werden, die von den Nazi-Behörden 1939—1945 in den polnischen Gebieten vorgenommen wurden.<sup>15)</sup>

Schon in den letzten Jahren vor dem Kriege trafen in Polen 16 tausend Flüchtlinge aus dem Reich, vor allem Juden ein, die zwangsweise ausgesiedelt wurden oder die sich vor rassistischen Verfolgungen in Sicherheit bringen wollten.

Auf Befehl Himmlers wurde 1940—1942 der „Generalplan Ost“ als geheime Kommandosache ausgearbeitet, der die Aussiedlung von 20 Millionen Polen nach Westsibirien vorsah. In Polen sollten lediglich 3—4 Millionen polnische Bauern

<sup>15)</sup> Wir lassen hier die deutschen Pläne einer Massenumsiedlung der polnischen Bevölkerung während der deutschen Besetzung polnischer Gebiete im Verlauf des I. Weltkrieges außer acht. Nach diesen Plänen sollten aus dem sogenannten „polnischen Grenzstreifen“ der 35 tausend qkm umfaßte ca. 1,3 Millionen Polen und ca. 270 tausend Juden ausgesiedelt und durch Reichs- und Wolgadeutsche ersetzt werden. Darüber schreibt ausführlich Imanuel Geiss, *Der polnische Grenzstreifen 1914—1918*.

als Arbeitskräfte für die deutschen Latifundien belassen werden.

Die Aussiedlung der polnischen Bevölkerung wurde von den Nazis schon eingeleitet, ehe der „Generalplan Ost“ seine endgültige Fassung erhielt. Schon kurz nach Beendigung des Polenfeldzugs wurde der westliche und nördliche Teil des polnischen Staates dem Reich direkt einverleibt. Aus dem restlichen besetzten Polen wurde das sogenannte Generalgouvernement geschaffen.

Die polnische Bevölkerung der dem Reich einverleibten Landesteile wurde sofort massenhaft in das Generalgouvernement ausgesiedelt. Die Anzahl der in den ersten zwei Jahren der Besetzung aus diesen Gebieten ins Generalgouvernement ausgesiedelten Menschen wird auf 1,6 Millionen, darunter 400 tausend Juden geschätzt.

Eine andere Massenumsiedlung war die Verschleppung der polnischen Bevölkerung zu Zwangsarbeiten nach Deutschland. Die Anzahl der zu Zwangsarbeiten verschleppten Polen wird auf über 1,5 Millionen Menschen geschätzt.

Auf dem Gebiet des sogenannten Warthelandes (welches die Woiwodschaft Poznań und Łódź umfaßte) wurden in den Jahren 1941—1943 400 tausend polnische Grundbesitzer und Bauern mit ihren Familien von Grund und Boden vertrieben und ihrem Schicksal überlassen. Es war ihnen verboten sich innerhalb des Landkreises aufzuhalten, in dem sie bisher wohnten.

Aus dem Generalgouvernement wurden 100 tausend Polen ausgewiesen, die die Gegend von

Kozienice und Dębica bewohnten, wo Truppenübungsplätze angelegt werden sollten. Hunderttausende Einwohner wurden in den Städten aus ihren Wohnungen ausquartiert, damit Stadtviertel nur für Deutsche oder geschlossene Wohngebiete für Juden geschaffen werden konnten.

Im südlichen Teil der Woiwodschaft Lublin, vor allem aber in der Gegend von Zamość, begann im November 1941 eine Massenausiedlung der polnischen Bevölkerung, die 1942 und 1943 fortgesetzt wurde. Insgesamt wurden über 100 tausend Menschen ausgesiedelt. Die arbeitsfähigen Polen wurden zu Zwangsarbeiten nach Deutschland verschleppt und der arbeitsunfähige Rest, sofern er die Aussiedlung überhaupt überstanden hat, wurde während des Transports aus dem Zug gesetzt und seinem Schicksal überlassen.

Die angeführten Umsiedlungsaktionen der Nazis umfaßten insgesamt 4—5 Millionen Menschen. Diese Angaben beziehen sich nicht auf die millionenstarke jüdische Bevölkerung, für die die „Umsiedlung“ gleichbedeutend mit der Ausrottung in den Massenvernichtungslagern war und auch nicht auf die hunderttausenden Juden, die aus allen besetzten Ländern Europas von den Nazis in die Todeslager, die sie in den polnischen Gebieten errichtet hatten, getrieben wurden.

Während die bodenständige polnische Bevölkerung in andere Landesteile ausgesiedelt oder nach Westen verschleppt wurde, strömten Deutsche aus dem Reich und aus den Ländern in Scharen ein,

in denen die deutsche Bevölkerung bisher eine nationale Minderheit bildete.

Die Anzahl der aus dem Reich nach Polen eingewanderten Deutschen belief sich 1944 — militärische und paramilitärische Formationen nicht einbegriffen — auf 600—800 tausend Menschen.

Nach dem Abschluß des Polen-Feldzugs schloß das III. Reich mit vielen Ländern Abkommen über die Rückführung der deutschen Bevölkerung aus diesen Ländern ab. Solche Abkommen wurden u. a. mit solchen Ländern geschlossen wie: Estland (15.X.1939), Lettland (20.X.1939), UdSSR (16.XI.1939) über die Rückführung der Deutschen aus dem sogenannten Ost-Galizien, Wolhynien und der Gegend von Białystok, 5.IX.1940 über die Rückführung der Deutschen aus Bessarabien und der Bukowina, 10.I.1941 über die Rückführung der Deutschen aus Litauen, Rumänien (22.X.1940) und Kroatien (6.X.1942).

Insgesamt betrafen die Umsiedlungen aus diesen Ländern 770 tausend Menschen, wovon 408 tausend in den, dem Reich einverleibten polnischen Gebieten und im Generalgouvernement angesiedelt wurden.

Daraus folgt, daß lange bevor in der letzten Kriegsphase die Evakuierung und Flucht der deutschen Bevölkerung und anschließend die aufgrund des Potsdamer Abkommens durchgeführte Umsiedlung der restlichen Teile dieser Bevölkerung begann, die polnischen Gebiete schon seit den ersten Monaten des II. Weltkrieges ein Schau-

platz riesiger, vom III. Reich ausgelöster, Völkerwanderungen waren. Das Ziel dieser massenhaften, widerrechtlichen und brutal erzwungenen Umsiedlungen war in vielen Fällen einfach die Ausrottung der von dieser Aktion betroffenen Menschen.

## DIE ÜBERLEGTE ENTSCHEIDUNG

Die bekannte englische Forscherin und Spezialistin auf dem Gebiet der nationalen Minderheiten in Mitteleuropa, Elisabeth Wiskemann, faßte die historischen Erfahrungen des Zusammenlebens der Tschechen und Slowaken mit den Deutschen wie folgt zusammen:

„In Wirklichkeit kamen beide Seiten—nach München— zu der Überzeugung, daß sie niemals mehr Bürger eines Einheitsstaates sein können. Während des Krieges trat dies noch deutlicher zutage. Die Frage war immer dieselbe: soll das Gebiet der Tschechoslowakei wiederum verkleinert werden und der Staat in fremde Abhängigkeit verfallen, oder sollen die Sudetendeutschen die Tschechoslowakei verlassen?“<sup>16)</sup>

Dasselbe kann *mutatis mutandis* auch von Polen gesagt werden. Als während des II. Weltkrieges die Mächte der antinazistischen Koalition im Bestreben zur Beseitigung der Gefahr einer neuen deutschen Aggression und zur Festigung des Friedens in Europa und Gewährleistung der

<sup>16)</sup> Elisabeth Wiskemann, *Germany's Eastern Neighbours* London 1936, Seite 65.

Sicherheit Polens, die Notwendigkeit der Verschiebung seiner Grenzen nach Westen und die Rückgabe der von Deutschland in der Vergangenheit geraubten Gebiete erkannten, war es klar, daß diese Entscheidung die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung nach sich ziehen mußte.

Die Erfahrungen Polens mit der mehrere hunderttausend Menschen zählenden deutschen Minderheit machten es offenkundig, daß die Belassung einer diesmal millionenstarken deutschen Minderheit in den neuen polnischen Grenzen, alle jene Vorteile auslöschen müßte, die diese Grenze in Zukunft für den Frieden in Europa und die Sicherheit Polens zeitigen sollte. Dies würde der Schaffung eines bedeutend gefährlicheren Brandherdes an einer neuralgischen Stelle Europas als jenes gleichkommen, welchen die deutsche Minderheit in Polen bis 1939 darstellte.

In vielen westdeutschen Publikationen geistert noch heute die Behauptung herum, daß Stalin auf der Potsdamer Konferenz den Westmächten das Einverständnis zur Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen durch einen „Betrug“ entlockt haben soll, wonach die deutsche Bevölkerung in Wirklichkeit die an Polen abgetretenen Gebiete schon längst aus eigenem Antrieb verlassen hätte.

Im Hinblick auf die historischen Tatsachen ist diese Behauptung eine flagrante Fälschung. Aus historischen Dokumenten geht nämlich, unzweideutig hervor, daß die Entscheidung über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung im Er-

gebnis umfassender Überlegungen und Verhandlungen zwischen den Großmächten der antinazistischen Koalition getroffen wurde, die schon lange vor der Potsdamer Konferenz geführt wurden.

Im Jahre 1941 unterbreitete die tschechoslowakische Diplomatie einen Plan über die Umsiedlung der Sudetendeutschen nach Deutschland. Die britische Regierung nahm diesen Plänen gegenüber eine wohlwollende Haltung ein. Im Zusammenhang mit dem Beschluß, Ostpreußen an Polen abzutreten, wurde dieser Umsiedlungsplan auch auf die in Ostpreußen lebenden Deutschen ausgedehnt. Die weiteren Projekte einer neuen Festlegung der polnisch-deutschen Grenze gingen ständig Hand in Hand mit Erwägungen über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus ganz Polen in seinen neuen Grenzen.

Charakteristisch ist in diesem Zusammenhang, daß sogar Wenzel Jaksch, einer der Führer der ehemaligen deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei und der gegenwärtige Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen in der Bundesrepublik, die Möglichkeit der Lösung des Problems der deutschen Minderheit durch einen organisierten Austausch der Bevölkerung in Erwägung zog. In einer 1939 angefertigten Denkschrift schrieb u. a.:

„Definitive Bereinigung der offenen Grenzfragen durch Ausbalancierung der Konsequenzen des Selbstbestimmungsrechtes mit Verkehrspolitischen Bedürfnissen und Wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Als technische Hilfsmittel können hierbei, ein organisierter Bevöl-

kerungsaustausch und reziproke Minderheitenschutzabkommen, in Betracht bezogen werden." 17)

Im März 1943 warf Präsident Roosevelt im Gespräch mit dem britischen Außenminister, Anthony Eden, den Gedanken auf, die deutsche Bevölkerung aus Ostpreußen umzusiedeln. In einer Darstellung des Beraters des Präsidenten, Harry L. Hopkins, heißt es dazu:

„Der Präsident sagte, er glaube, wir sollten Vorkehrungen treffen, die Preußen in derselben Weise aus Ostpreußen wegzubringen, wie die Griechen nach dem letzten Kriege; dies sei zwar ein hartes Verfahren, aber der einzige Weg, den Frieden zu erhalten und den Preußen könne man unter keinen Umständen trauen." 18)

Im Mai 1943 wandte sich Präsident Beneš an den sowjetischen Botschafter bei der tschechoslowakischen Regierung Bogomolow, mit der Bitte

„... in Moskau Antworten auf die folgenden Fragen einzuholen ... ob die Sowjetunion grundsätzlich angeben könne, welche Haltung sie nach dem Kriege Deutschland gegenüber einnehmen werde und ob sie unsere Ansichten über die Notwendigkeit der Umsiedlung der faschistischen Deutschen aus der Tschechoslowakei unterstütze". 19)

In ihrer Antwort auf diese Fragen hat sich die Sowjetunion mit dieser Konzeption einverstanden

17) Zitat nach Elisabeth Wissemann, a. a. O., Seite 63—64.

18) R. E. Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, London 1948, Band II, Seite 707.

19) Beneš *Memoirs*, Houghton Mifflin Company, Boston, Seite 242.

erklärt. Während des Besuches von Beneš in Washington wurde sie auch seitens der Vereinigten Staaten positiv aufgenommen.

Während der Konferenz in Teheran schnitt Präsident Roosevelt die Frage der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung selbst an.

Im darauffolgenden Zeitabschnitt entwickelte Großbritannien die größte Aktivität auf diesem Gebiet. Im Januar 1944 erklärte Churchill dem damaligen Ministerpräsidenten der polnischen Exilregierung, Mikołajczyk, daß nach der Normalisierung der polnisch-sowjetischen Beziehungen

„... etwa 7 Millionen Deutsche, die die Gebiete zwischen der ehemaligen polnisch-deutschen Grenze und der Oder bewohnen, nach dem eigentlichen Deutschland umgesiedelt werden." 20)

Einige Tage später (am 22. Januar 1944) unterbreitete Churchill den Vertretern der polnischen Regierung einen 5-Punkte-Plan, dessen 4. Punkt wie folgt lautete:

„... viertens werden alle Deutschen aus dem neuen Polen ausgesiedelt." 21)

Die Regierung der Vereinigten Staaten präzierte ihre Haltung in der Frage der Umsiedlung der Deutschen aus Polen in zwei Dokumenten. In seinem Brief vom 17. November 1944 schrieb Präsident Roosevelt an Mikołajczyk:

20) S. Mikołajczyk, *The Pattern of Soviet Domination*, Sampson Low, London 1948, Seite 57.

21) Cordell Hull, *The Memoirs*, London 1948, Band II, Seite 1433.



„Wenn die polnische Regierung und das polnische Volk im Zusammenhang mit den neuen Grenzen des polnischen Staates eine Überführung nationaler Minderheiten in das Territorium Polens oder aus diesem hinaus wünscht, wird die Regierung der Vereinigten Staaten keine Einwände erheben und so weit wie durchführbar eine solche Überführung erleichtern.“<sup>22)</sup>

Staatssekretär Stettinius erklärte am 18. Dezember 1944

„Falls die polnische Regierung und das polnische Volk im Ergebnis eines solchen Abkommens entscheiden, daß es im Interesse des polnischen Staates läge, Volksgruppen umzusiedeln, wird die Regierung der Vereinigten Staaten in Zusammenarbeit mit anderen Regierungen, soweit durchführbar, Polen bei einer solchen Umsiedlung Beistand leisten.“<sup>23)</sup>

Schließlich gab Churchill in seiner bekannten Unterhausrede vom 15. XII. 1944 die sozusagen klassische Begründung der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen:

„Es steht den Polen frei, was Rußland und Großbritannien betrifft, ihr Gebiet nach Westen auf Kosten Deutschlands auszudehnen.

„Die Umsiedlung von mehreren Millionen Menschen müßte vom Osten nach dem Westen oder Norden durchgeführt werden — ebenso die Vertreibung der Deutschen — denn das wird vorgeschlagen: völlige Vertreibung der Deutschen — aus den Gebieten, die

<sup>22)</sup> *Poland, Germany and European Peace, Official Document 1944-1948, The Polish Embassy, London 1949, Seite 107.*

<sup>23)</sup> *Documents of American Foreign Relations, Band VIII, Seite 398.*

Polen im Westen und Norden gewinnt. Denn die Vertreibung ist, soweit wir in der Lage sind es zu überschauen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel. Es wird keine Mischung der Bevölkerung geben, wodurch endlose Unannehmlichkeiten entstehen, wie zum Beispiel im Fall Elsaß-Lothringen...

„Mich beunruhigt die Aussicht des Bevölkerungsaustausches ebensowenig wie die großen Umsiedlungen, die unter modernen Bedingungen viel leichter möglich sind als je zuvor.

„Der Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der Türkei nach dem letzten Kriege... war in mancher Beziehung ein Erfolg und hat für die ganze Zeit seither zu freundschaftlichen Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei geführt. Diese Umsiedlung, die im ersten Augenblick unmöglich schien und von der man sagte, sie würde das türkische Leben in Anatolien von vieler notwendiger Arbeitskräfte berauben, während andererseits Griechenland angesichts seines engen Gebiets und seiner starken Bevölkerung die zusätzliche Bevölkerung niemals assimilieren und erhalten könnte, diese Umsiedlung hat Probleme gelöst, die vorher Anlaß zu ständigen Reibungen, Kriegen und Kriegsgertüchten gegeben hatten. Ich sehe auch nicht ein, warum in Deutschland kein Platz für die deutsche Bevölkerung Ostpreußens und der anderen von mir erwähnten Gebiete sein soll. Schließlich wurden bereits sechs oder sieben Millionen Deutsche in diesem schrecklichen Kriege getötet, in den sie zum zweiten Male in einer Generation Europa ohne Zaudern gestürzt haben.“<sup>24)</sup>

Die Konzeption der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen, der — wie dies aus den

<sup>24)</sup> *Parliamentary Debates, House of Commons, Official Report, Seite 406, Nr. 1, Kol. 1483.*

angeführten Dokumenten hervorgeht — umfassende Überlegungen und Verhandlungen zwischen den Großmächten vorausgingen, fand im Kapitel XIII. des Potsdamer Abkommens ihren endgültigen Ausdruck:

„Die Konferenz erzielte folgendes Abkommen über die Ausweisung der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn: Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsmäßiger und humaner Weise erfolgen soll.“<sup>25)</sup>

Aus allen angeführten Dokumenten geht hervor, daß die Entscheidung über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen und auch aus der Tschechoslowakei und Ungarn — weder ein „improvisierter“ noch den anderen Mächten von der Sowjetunion aufgezwungener Akt, sondern das Ergebnis umfassender politischer Überlegungen war. Sie war auch kein Akt der Rache und Revanche gegenüber den Deutschen, sondern ein Mittel zur Gewährleistung des Friedens in Europa sowie Sicherheit Polens, der Tschechoslowakei und der anderen mitteleuropäischen Länder.

<sup>25)</sup> United Nations Documents 1941—1945, Seite 205.

## DER TODESMARSCH

Die deutsche Bevölkerung der ehemaligen deutschen Ostprovinzen hat ihre wahre und große Tragödie erlebt, ehe diese Gebiete an Polen fielen und ehe die Potsdamer Entscheidung über die Umsiedlung dieser Bevölkerung gefaßt wurde.

Der Grund dieser Tragödie waren die in letzter Minute erlassenen, chaotischen Evakuationsbefehle der Nazi-Amtsstellen. Zur Vorbeugung der defätistischen Stimmungen unter der Bevölkerung wurde die Evakuierung der Bevölkerung von den Nazi-Amtsstellen bis zur letzten Minute aufgeschoben und erst dann befohlen, als es schon zu spät war. Das deutsche Verkehrssystem war schon damals vollkommen zerrüttet. Daher nahmen diese Evakuationsmaßnahmen, die sich schnell in eine panikartige Flucht verwandelten, hauptsächlich die Gestalt von Kolonnen von marschierenden Menschen mit Handwagen an. Die Flüchtlingskolonnen gerieten oft ins Feuer der kämpfenden deutschen und sowjetischen Verbände. Dies alles geschah in dem überaus harten Winter von 1944/45.

Die Lage wurde noch dadurch erschwert, daß

die Flüchtlingsströme ausschließlich aus Frauen, Greisen und Kinder bestanden, da die Männer entweder in der Wehrmacht oder im Volkssturm Dienst taten. Die Zivilbevölkerung kam zu hunderttausenden in Wrocław (Breslau) und in anderen Städten der ehemaligen Ostprovinzen um, die zu Festungen erklärt wurden. Viele deutsche Flüchtlinge starben im Bombenregen der Luftangriffe, schon nach der Erreichung der eigentlichen deutschen Gebiete, vor allem aber beim Großangriff auf Dresden im Februar 1945.

Dies war ein wahrer Todesmarsch und die deutsche Bevölkerung erlitt während seiner Dauer in der Tat bedeutende Verluste und erduldet großes Leid. Die Schuld für diese Verluste und Leiden belastet jedoch nicht Polen, sondern diejenigen, die den II. Weltkrieg vom Zaun brachen und diejenigen, die in der letzten Kriegsphase die Verantwortung für die chaotische Evakuierung der Bevölkerung trugen.

Am 12. Januar 1945 begann die lang erwartete Offensive der sowjetischen Truppen aus dem Weichselraum in Richtung Schlesiens und Mittellauf der Oder. Gleichzeitig liefen die Operationen an, die die gänzliche Isolierung Ostpreußens zum Ziele hatten. Am 20. Januar 1945 überschritten die sowjetischen Truppen die schlesische Grenze in Richtung Wrocław (Breslau). Sie erreichten am 28. Januar 1945 die Oder bei der Ścinawa zwischen Głogów (Glogau) und Wrocław (Breslau) und nahmen am 9. Februar den gesamten östli-

chen Teil der Provinz Brandenburg bis zur Oder ein.

Die Nazi-Behörden erteilten die Evakuationsbefehle in letzter Minute, einige Stunden vor dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in das jeweilige Gebiet. Der Gauleiter von Ostpreußen, Koch, widersetzte sich auch nach dem Beginn der großen sowjetischen Offensive so lange sämtlichen Evakuationsmaßnahmen, bis die von einer Panik ergriffene Bevölkerung aus eigenem Antrieb die chaotische Flucht ergriff.

Hier einige Darstellungen dessen, was sich damals auf den Evakuations- und Fluchtwegen der Bevölkerung aus den ehemaligen Ostprovinzen abspielte:

„Entsetzlich war es, sehen zu müssen, wie Kleinkinder erdrückt wurden oder erfroren und ihre Leichen von ihren Müttern einfach aus dem Wagen geworfen werden mußten, da zum Aussteigen und Begraben keine Zeit blieb.“<sup>26)</sup>

„An den Säumen der Straßen häuften sich verendete Pferde, zerbrochene Wagen, niedergelegtes Gepäck, erfrorene Kinder und verhungerte Greise“.<sup>27)</sup>

Einen besonders dramatischen Verlauf hatten die Vorfälle am Weichselhaff. In dem immer enger werdenden Kessel am Weichselhaff waren Hunderttausende Flüchtlinge zusammengepfercht,

<sup>26)</sup> Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa, Bundesministerium für Vertriebene, Band I/1, Seite 84.

<sup>27)</sup> Claus Genrich, Auf schutzlosen Wegen. Winter 1945, Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 65 vom 6. III. 1965.

die in Erkenntnis ihrer hoffnungslosen Lage versuchten, das zugefrorene Weichselhaff an einer 20 km breiten Stelle zur Weichselnehrung zu überqueren. Hier einige Darstellungen der Ereignisse, die sich damals am Weichselhaff abspielten:

„Alte Leute saßen und lagen sterbend oder schon erfroren auf dem Wege, den der Zug nahm, niemand kümmerte sich um sie... Auf der Nehrung selbst herrschten... unvorstellbare Zustände, da sich der Flüchtlingsstrom dort staute und die Menge ohne Dach über dem Kopf hauste...“<sup>28)</sup>

„Bei eisiger Kälte mußte im Freien kampiert werden. Es gab kaum Nachtquartiere und kein Trinkwasser. Groß war die Zahl der Wegmüden, und infolgedessen erfrorenen Personen.“<sup>29)</sup>

„Bei der starken Benutzung der Eisdecke kam es Anfang Februar zu vielen Einbrüchen der Wagenkolonnen und Viehherden, und viele Menschen und Tiere mußten ihr Leben lassen.“<sup>30)</sup>

„Mütter warfen ihre Kinder im Wahnsinn ins Meer. Menschen hängten sich auf, andere stürzten sich auf verendete Pferde, schnitten sich Fleisch heraus... Frauen wurden im Wagen entbunden. Jeder dachte nur an sich selbst — niemand konnte den Kranken und Schwachen helfen.“<sup>31)</sup>

Als am 20. und 21. Januar 1945 die sowjetischen Truppen auf Wrocław (Breslau) vorstießen, wurde Hals über Kopf mit der Evakuation der Stadt begonnen. Frauen und Kinder wurden mittels Lautsprechern aufgerufen, die Stadt unver-

<sup>28)</sup> Dokumentation..., Band I/1, Seite 63.

<sup>29)</sup> Dokumentation..., Band I/1, Seite 74.

<sup>30)</sup> a. a. O., Seite 80.

<sup>31)</sup> a. a. O., Seite 82.

züglich zu verlassen. Über 100 tausend Menschen folgten dem Befehl. So begann bei 20° Kälte, eisigem Sturm und tiefem Schnee der Marsch der Breslauer Frauen und Kinder. Der Chronist dieser Ereignisse schreibt:

„Wieviele Frauen und Kinder damals der Kälte und den Strapazen zum Opfer fielen, wird wohl nie errechnet werden können“.<sup>32)</sup>

In einem Augenzeugenbericht über die Belagerung von Kołobrzeg heißt es:

„Kindermord durch die eigenen Mütter und Selbstmord sind häufige Erscheinungen“.<sup>33)</sup>

Viele Flüchtlinge sind während der Transporte auf dem Seewege umgekommen, die von Gdynia und Gdańsk (Danzig) ausliefen.

In einigen westdeutschen Veröffentlichungen finden wir objektive Einschätzungen dieser Ereignisse und der dafür Verantwortlichen. Die westdeutschen Autoren Georg Herde und Hans Maier schreiben zu diesem Thema:

„Kinder und junge Menschen, die die jüngste Vergangenheit nicht miterlebten, werden bewußt belogen, indem man z. B. die Verluste der Ostdeutschen in den Jahren 1944/45 ausschließlich den Polen, Tschechen und Russen zuschiebt. Woher sollen diese Kinder und Jugendliche wissen, daß die Austreiber vor Beendigung des Krieges beim Herannahen der

<sup>32)</sup> Dr. Johannes Kaps, Die Tragödie Schlesiens, München.  
<sup>33)</sup> Dokumentation..., Band I/1, Seite 243.

Front nicht in Gestalt der Polen, Tschechen oder Russen auftraten, sondern in den Uniformen der Amtswalter der NSDAP, der Waffen-SS, und der Wehrmachtssonderkommandos? Sie trieben Frauen und Kinder, Greise und kranke Menschen in den Wintertagen des Jahres 1944/45 zu hunderttausenden auf die vereisten Straßen und drohten jeden zu erschießen, der diesem Befehl nicht gehorchte. „Unter denjenigen, die heute Brandreden über »die Schuld der bolschewistischen Führungselite« an zwei Millionen Vertreibungsverlusten halten, befinden sich sicherlich nicht wenige, die damals Ostpreußen, Pommern und Sudetendeutsche auf Befehl der Hanks und Kochs in den sicheren Tod jagten“.<sup>34)</sup>

Man kann diesen vernünftigen Ausführungen kaum etwas hinzufügen. Vielleicht nur die Feststellung, daß die deutsche Propaganda über die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung nicht nur die deutsche Jugend, sondern auch die Weltöffentlichkeit hinters Licht zu führen trachtet.

<sup>34)</sup> Georg Herde und Hans Maier, „...bis alles in Scherben fällt“, Beiträge zur Zeitgeschichte, Band I, München 1960, Seite 45 und 46.

## DIE UMSIEDLUNG DER DEUTSCHEN AUS POLEN

Nach dem Umsiedlungsplan des Alliierten Kontrollrats für Deutschland vom 20. XI. 1945 betrug die Anzahl der deutschen Bevölkerung in Polen, deren Umsiedlung verfügt wurde, 3,5 Millionen Menschen. Davon sollten 1,5 Millionen in die Britische und 2 Millionen in die Sowjetische Besatzungszone umgesiedelt werden.

Aufgrund des Umsiedlungsplans des Alliierten Kontrollrats schloß die polnische Regierung entsprechende Abkommen mit den Behörden der Sowjetischen und Britischen Besatzungszone in Deutschland ab. Das mit Vertretern der Britischen Rheinarmee am 14.2.1946 geschlossene Abkommen enthielt folgende Grundsätze (die Umsiedlung in die Sowjetische Besatzungszone erfolgte nach ähnlichen Regeln):

Das Abkommen stellte eingangs den Leitsatz auf, daß die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen auf eine humanitäre und geordnete Weise geschehen müsse.

Von der Umsiedlung waren in erster Linie solche Personengruppen ausgenommen wie

Kranke (die Krankenhausbehandlung benötigten), Waisen, Insassen von Nervenheilanstalten und Gefängnissen. Schwangere Frauen waren in der Zeit von 6 Wochen vor und nach der Entbindung von der Umsiedlung ausgenommen.

Man nahm ferner das Prinzip an, Familien nicht zu trennen. Im Falle der Erkrankung eines Familienmitglieds wurde die ganze Familie für die Dauer der Erkrankung von der Umsiedlung ausgenommen.

Eine große Bedeutung hatte die im Abkommen festgelegte Regel, daß die Umsiedler von den britischen Behörden an der Grenze zwischen Polen und der Sowjetischen Besatzungszone übernommen werden. Daher wurde beschlossen, in Szczecin (Stettin) und Kaławsko britische Repatriierungs-Gruppen zu stationieren. Es wurde ferner vereinbart, daß Eisenbahn- und Seetransporte, die von diesen Gruppen auf polnischem Gebiet geprüft und angenommen werden, von den britischen Behörden in der Britischen Besatzungszone ohne Einwände eingelassen werden sollen.

Noch im Verlauf der Verhandlungen mit den britischen Behörden hat das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete, unter Vorwegnahme des zukünftigen Abkommens, am 15. Januar 1946 eine Verordnung über die Repatriierung der deutschen Bevölkerung aus Polen erlassen.

Die in dem erwähnten Abkommen festgelegte Regel der humanitären Durchführung der Umsiedlungsaktion fand in der Verordnung des

Ministers für die Wiedergewonnenen Gebiete ihren Niederschlag, in der es heißt:

„Ich betone mit Nachdruck, daß das Verhältnis zur repatriierten Bevölkerung während der Umsiedlungsaktion korrekt sein muß, und daß jegliche Willkür seitens der damit beauftragten Organe standrechtlich und streng zu bestrafen ist“.

Die Repatriierung der Kranken und der Greise sollte nach den erlassenen Verordnungen mit Sanitätszügen erfolgen oder auch bis zum Eintritt der wärmeren Jahreszeit verschoben werden. Dasselbe traf auf Waisen- und Altersheime und ähnliche Anstalten zu. Familien wurden geschlossen umgesiedelt und es hing von der Entscheidung des Familienoberhauptes ab, zu welchem Termin die Umsiedlung erfolgen sollte.

Die Verordnung empfahl die Bereitstellung entsprechender Fahrzeuge für den Transport von Kranken, Invaliden, Greisen und Kindern. Die Repatrianten konnten sämtliche Wertgegenstände und Dinge des persönlichen Bedarfs sowie Bargeld in bestimmter Höhe mitnehmen. Die Gepäckkontrolle war nur an Sammelpunkten, bei Tageslicht und durch befugte Kommissionen zulässig.

An den Sammelpunkten erhielten die deutschen Repatrianten Verpflegung nach den Normen, für die Etappenpunkte des polnischen Repatriierungs-Amtes d. h. dieselben Normen wie die polnischen Repatrianten und Umsiedler.

Gestützt auf die Verordnung des Ministers für

die Wiedergewonnenen Gebiete vom 15. Januar 1946 haben auch andere Ressorts entsprechende Verordnungen für ihren Dienstbereich erlassen.

Die polnische Presse berief sich damals häufig auf „Äußerungen von Mitgliedern der englischen Repatriierungs-Mission polnischen Pressevertretern gegenüber. So bringt das „Zycie Warszawy“ vom 12. April 1946 (Nr. 102/567) die Äußerung des Chefs der englischen Repatriierungs-Mission in Kaławsko, Oberst Growse, gegenüber einem Korrespondenten der polnischen Presseagentur PAP:

„Ich stelle seitens der polnischen Behörden große Bemühungen fest, daß die Repatriierung reibungslos und auf eine humanitäre Weise erfolgt. Diese Bemühungen zeitigen gute Ergebnisse, da der Gesundheitszustand und die humanitäre Behandlung der deutschen Repatrianten nichts zu wünschen übrig läßt. Sie verlassen Polen mit einem Gefühl der Zufriedenheit. Dies ist eine riesige Aktion, die beispiellos in der Geschichte ist. Polen ist zerstört und mit dem Wiederaufbau des Landes und der Repatriierung seiner Menschen aus der ganzen Welt vollauf beschäftigt. Daher bin ich auch der Ansicht, daß diese Aktion nicht besser organisiert sein kann. Kleine Zwischenfälle und Unzulänglichkeiten kommen überall vor, aber sie sind im Vergleich zum Umfang dieser Aktion von geringer Bedeutung“.

In derselben Nummer des „Zycie Warszawy“ wird ein Schreiben der Englischen Repatriierungs-Mission in Lübeck zitiert:

„Ich kann mit Genugtuung feststellen, daß die Zusammenarbeit mit den polnischen Behörden auf dem

Gebiet der Repatriierung gut verläuft. Im Zusammenhang damit muß die reibungslose Organisation der Repatriierungsaktion der Deutschen sowie die außergewöhnliche Betreuung mit Nachdruck betont werden, die ihnen die polnischen Behörden während der Repatriierung zukommen lassen. Dies trifft auch die Lebensmittelzuteilung des Polnischen Repatriierungs-Amtes für die Umsiedler zu“.

Die polnischen Behörden reagierten schnell und energisch auf alle Unregelmäßigkeiten und Übergriffe, die im Verlauf der Kontrolle der Repatriierungsaktion festgestellt wurden.

Im Zusammenhang mit der herannahenden Kältewelle verordneten die polnischen Behörden, daß alle Eisenbahnwaggons für Repatrianten mit Öfen und Brennstoffen ausgestattet sein müssen. Am 29. November 1946 erhielten die Direktoren der Gebietsstellen des Polnischen Repatriierungs-Amtes in Olsztyn und Katowice vom Delegierten des Ministeriums für die Wiedergewonnenen Gebiete für Fragen der Repatriierung der Deutschen ein Rundschreiben folgenden Inhalts:

„Die Züge mit deutschen Repatrianten müssen mit kompletten Sätzen von Öfen und Brennstoffen ausgestattet sein. Die aus anderen Wojwodschaften eintreffenden Züge sind entsprechend zu versorgen. Sie sollen an den Haltestellen warme Verpflegung und sanitäre Betreuung erhalten. Sämtliche Mittel sind im Einvernehmen mit den Wojwoden anzuwenden, um Frostbeulen bei den Umsiedlern vorzubeugen. Die Verantwortung für die Ausführung trägt unmittelbar der Direktor der Wojwodschafts-Gebietsstelle des Polnischen Repatriierungs-Amtes“.

Die Erfüllung dieser Verordnung stieß jedoch trotz des besten Willens der polnischen Behörden unter den bestehenden Bedingungen auf größte Schwierigkeiten.

Infolge der Kältewälle verlängerte sich die Dauer des Transports in Deutschland über die festgesetzte Zeitnorm hinaus. Wegen Mangels an Kohle und Lokomotiven dauerten die Transportunterbrechungen, schon jenseits der polnischen Grenzen, manchmal bis zu 10 Stunden. So währte z. B. die Fahrt nach Marienthal in der Britischen Zone im Sommer einen Tag und im Winter durchschnittlich 3 Tage.

Dies alles verursachte selbstverständlich zusätzliche Schwierigkeiten in der Beheizung und Verpflegung der Transporte.

Unter den Bedingungen des harten Winters und der obenangedeuteten Schwierigkeiten, waren im Dezember 1946 und Januar 1947 bedauernswerte Todesfälle unter den Umsiedlern durch Erfrieren zu verzeichnen. Diese Unglücksfälle wurden entsprechend aufgebauscht und im Rahmen einer großangelegten Kampagne gegen die Repatriierung der deutschen Bevölkerung aus Polen ausgeschlachtet. Noch heute werden diese Vorfälle als Beispiele „der unerhörten polnischen Verbrechen an der deutschen Bevölkerung“ angeführt, die den Nazi-Verbrechen an der polnischen Bevölkerung während der Besatzungszeit gleichkämen und sogar überträfen.

Um ähnliche Unglücksfälle während der Umsiedlung zu verhindern, haben die polnischen

Behörden am 8. Januar 1947 die Repatriierung für die Dauer der Kältewelle unterbrochen.

Die im Januar 1947 unterbrochene Umsiedlung wurde am 20. April desselben Jahres wiederaufgenommen.

Noch vor der Wiederaufnahme der Umsiedlungsaktion hat das Ministerium für die wiedergewonnenen Gebiete am 4. März 1947 ein Rundschreiben an die Woiwoden und Direktoren der Gebietsstellen des Polnischen Repatriierungs-Amtes in den wiedergewonnenen Gebieten gerichtet, in dem die Wiederaufnahme der Repatriierungsaktion angekündigt wurde. In diesem Rundschreiben heißt es:

„In den nächsten Tagen wird die Repatriierungsaktion wieder aufgenommen und der gesamte Umsiedlungsapparat, sowohl was die Verwaltung als auch das Polnische Repatriierungsamt anbetrifft, muß alle Kräfte aufbieten um Unzulänglichkeiten vorzubeugen, die im Vorjahr vorgekommen sind. Die ersten Transporte werden im März dieses Jahres d. h. in einer Periode des unbeständigen Wetters zusammengesetzt. Daher muß in dieser Zeit für die Beheizung und Verpflegung sowohl der Sammelpunkte als auch der Transporte Sorge getragen werden. Bis zum Eintritt des wärmeren Wetters müssen die Züge mit kompletten Sätzen von Öfen und Brennmaterial für die Fahrt von der Grenze bis zur Endstation ausgestattet sein. Wenn Versorgungslücken auftreten sollten, und die örtlichen Behörden nicht in der Lage sind, sie aus eigenen Kräften zu beheben, dann muß vor der Abfertigung des Zuges Kontakt mit dem Amt des Hauptdelegierten aufgenommen werden“.



In einem anderen Rundschreiben desselben Ministeriums vom 13. April 1947 heißt es:

„Ich bitte die Woiwoden anzuordnen, daß das Verhältnis, der repatriierten Bevölkerung gegenüber korrekt sein muß und dafür gesorgt werden soll, daß jegliche Willkür seitens der Organe, die die Aktion durchführen, strengstens bestraft wird“.

Seit der Potsdamer Konferenz bis Ende 1947 sind aus Polen ca. 3 Millionen Deutsche, und zwar ca. 1,8 Millionen in die Sowjetische und ca. 1,2 Millionen in die Britische Besatzungszone umgesiedelt worden.

In den folgenden Jahren wurde die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung schon in einem bedeutend kleineren Maßstab durchgeführt: 1948 sind 42 700 Menschen, 1949 — 61 449, und 1950 ca. 59 tausend Menschen umgesiedelt worden.

In den Jahren 1948—1950 fand die Repatriierung von Sondergruppen der deutschen Bevölkerung statt, und zwar der noch in Polen weilenden deutschen Kriegsgefangenen, deutscher Facharbeiter, vor allem der Bergleute aus dem Kohlenrevier von Wałbrzych und der in polnischen Heimen weilenden Waisenkinder.

Es verdient unterstrichen zu werden, daß die überwiegende Mehrheit der umgesiedelten deutschen Bevölkerung aus Frauen, Kindern und Greisen bestand. Fast alle Männer im dienstfähigen Alter setzten sich mit ihren Einheiten der Wehrmacht oder des Volkssturms nach Westen ab oder weilten in Kriegsgefangenenlagern. So

kamen im Jahre 1946 auf 248 tausend aus dem westlichen Pommern umgesiedelten Frauen nur 64 tausend Männer. Daher war die Anfälligkeit für Krankheiten und die Sterblichkeit unter den deutschen Umsiedlern verhältnismäßig hoch. Nach den Angaben des Gesundheitsdienstes des Polnischen Repatriierungs-Amtes wurden in den Krankenkassen des Amtes in den Jahren 1946—1947 im Höhepunkt der Umsiedlungsaktion 11 tausend Umsiedler behandelt, wovon 1532 Personen in Krankenhäuser überwiesen werden mußten. Insgesamt sind von den 2160 tausend registrierten Umsiedlern während des Transports 181 Menschen, in den Etappen-Punkten 702 Menschen und in den Krankenhäusern 253 Menschen, insgesamt also 1 136 Menschen gestorben.

## WIE IN DER BUNDESREPUBLIK DIE „VERTREIBUNGSVERLUSTE“ ERRECHNET WERDEN

So ergibt sich also die Frage, wie man in der Bundesrepublik mit „wissenschaftlichen“ Methoden die „Vertreibungsverluste“ ermittelt, die nach verschiedenen westdeutschen Quellen von 0,8—3,2 Millionen Menschen betragen sollen?

Die Ermittlung der von der Bevölkerung der ehemaligen Ostprovinzen des Reiches und von der deutschen Minderheit in Polen sowohl während des Krieges als auch sofort nach dem Kriege erlittenen Verluste ist keine leichte Aufgabe. Die Verlustliste der Wehrmacht des III. Reiches wurde nämlich von den deutschen Behörden nur bis November 1944 geführt. Die riesigen Verluste der Wehrmacht und der ihr gleichgestellten Verbände sowie die Verluste der Zivilbevölkerung in den letzten Monaten des Krieges sind überhaupt nirgendwo so erfaßt worden, daß eine statistische Aufstellung und Summierung dieser Angaben nach dem Abschluß der Kriegshandlungen möglich gewesen wäre.

Diese Umstände brachten die westdeutsche Propaganda jedoch nicht aus dem Konzept. Im Gegenteil, sie erleichterten ihr gewisse Manipulationen die — grob gesagt — auf der Verringerung der Verluste der Streitkräfte und der Aufbauschung der Verluste der Zivilbevölkerung im Osten des Reiches und der deutschen Minderheiten in Mittelost- und Südeuropa beruhten.

In Westdeutschland wurde für diese Verluste eine besonders verfängliche Bezeichnung geschmiedet: Vertreibungsverluste. Dadurch sollte der Eindruck erweckt und gefestigt werden, daß die Verantwortung dafür die Urheber der „Vertreibung“, also in erster Linie Polen und die Tschechoslowakei belaste.

Vor allem erfordert der Begriff „Vertriebene“ nach der westdeutschen Sprachregelung eine nähere Erläuterung. Die westdeutsche Propaganda versucht diesen Begriff unermüdlich zu verbreiten, und zwar auf jene Personengruppen, die sich während des II. Weltkrieges oder nach dem Kriege in Deutschland, in seinen heutigen Grenzen, angesiedelt hatten. Die Bezeichnung dieser Personengruppen als „Vertriebene“ soll bei ihnen selbst und in der gesamten westdeutschen Bevölkerung sowie in den ausländischen Kreisen den Eindruck hervorrufen, daß sie die Opfer eines himmelstreichenden Unrechts sind.

Nach der offiziellen Terminologie der Bundesrepublik werden alle Personen in der Bundesrepublik, in der Deutschen Demokratischen Republik, in Berlin und in den westlichen Ländern als

Vertriebene bezeichnet, die am 1. September 1939 ihren Wohnort auf dem Gebiet des ehemaligen Reiches östlich der Oder und Neiße hatten und auch solche Personen, deren Muttersprache Deutsch war und die am 1. September 1939 ihren Wohnort außerhalb der deutschen Grenzen von 1937 hatten. Als Vertriebene werden darüber hinaus auch die Kinder der Väter — in bestimmten Fällen auch der Mütter — angesehen, die zu dieser Personengruppe gehören. So entfielen 20% der im Jahre 1960 in der Bundesrepublik statistisch erfaßten „Vertriebenen“ auf Personen, die in der Bundesrepublik geboren sind und niemals außerhalb ihrer Grenzen wohnten. In den westdeutschen Statistiken werden die Personen, die beim Ausbruch des Krieges östlich der Oder und Neiße oder außerhalb der deutschen Grenze wohnten, nicht näher nach den Gründen unterteilt, die sie zur Übersiedlung nach Westdeutschland veranlaßt haben. Vertriebene sind nach westdeutschen Statistiken nicht nur die nach dem Potsdamer Beschluß vom 2. August 1945 zwangsweise umgesiedelten Personen, sondern z. B. auch solche Personen, die infolge des Evakuationsbefehls der deutschen Behörden in den letzten Monaten des Krieges oder aus eigenem Antrieb oder auch von den Behörden des III. Reiches im Rahmen der Aktion „Heim ins Reich“ in Gebiete westlich der Elbe umsiedelten oder umgesiedelt worden sind. In den erwähnten Statistiken werden nicht nur die „Vertriebenen“ aus den ehemaligen Ostprovinzen, Polen, der Tschechoslowakei,

Rumänien und anderen östlichen und südöstlichen europäischen Ländern, sondern ebenfalls aus Österreich, Frankreich und anderen westeuropäischen ja sogar aus Überseeländern erfaßt.

Zur Ermittlung der deutschen Verluste während und in der Folge des II. Weltkrieges werden in der Bundesrepublik die sogenannten Bevölkerungsbilanzen aufgestellt.

Die Ausgangsposition der „Bevölkerungsbilanz“ für die ehemaligen Ostprovinzen bilden die Ergebnisse der Volkszählung in Deutschland vom 17. Mai 1939. Von der, in dieser Volkszählung ermittelten Einwohnerzahl, ziehen die Autoren dieser „Bilanz“ die nichtdeutsche Bevölkerung ab, um als Saldo die von der deutschen Bevölkerung erlittenen Verluste aufzuweisen. In der „Bilanz“ für die deutsche Minderheit in Vorkriegspolen bildete die von den Autoren der „Bilanz“ vorgenommene Schätzung ihres Standes vom September 1939 den Ausgangspunkt. Diese Schätzung ist im Vergleich zum tatsächlichen Stand entsprechend der letzten Volkszählung in Vorkriegspolen übertrieben hoch. Zu der so ermittelten Anzahl der deutschen Bevölkerung sowohl in den ehemaligen deutschen Ostprovinzen als auch in Vorkriegspolen wird nun der theoretisch anzunehmende natürliche Bevölkerungszuwachs in den Jahren 1939—1945, d. h. ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste, hinzugezählt. Dann werden die Verluste der deutschen Bevölkerung, wiederum nach Schätzungen der Autoren dieser „Bilanz“, abgezogen. Im Endresultat erhält man

den Stand „de jure“ der deutschen Bevölkerung gegen Ende des Krieges.

Diesem Stand „de jure“ werden nun auf der anderen Seite der Bilanz zwei Sammelpositionen gegenübergestellt, und zwar die Position der „geklärten Fälle“ und die Position der „ungeklärten Fälle“. Die Position der „geklärten Fälle“ umfaßt diejenigen Umsiedler aus den ehemaligen deutschen Ostprovinzen und Vorkriegspolen, die 1950 in Deutschland und in anderen Ländern wohnten. Diese Anzahl wird um den voraussichtlichen natürlichen Zuwachs in den Jahren 1945—1950 verringert. Hinzu kommen noch die Kriegsgefangenen, die angeblich in Polen geblieben sind, die internierten Zivilpersonen und alle Verschollenen, die nach den Schätzungen der Autoren dieser „Bilanz“ im Jahre 1950 noch lebten und außerhalb der Grenzen Deutschlands weilten.

Der Saldo, den diese „Bilanz“ ermitteln sollte, enthält also die „ungeklärten Fälle“, die von den Autoren der „Bilanz“ als „Nachkriegsverluste“ bezeichnet und mit den „Vertreibungsverlusten“ identifiziert werden. Schon allein die Hypothese, wonach die „ungeklärten Fälle“ als Nachkriegsverluste anzusehen sind, und daß diese wiederum nichts anderes sind als Vertreibungsverluste, enthüllt unzweideutig die Ziele, die den Autoren der „Bilanz“ vorschwebten. Was bedeutet nun nach ihrer Auffassung der Begriff „Vertreibung“? Wenn er ein Synonym für „Umsiedlung“ oder „Aussiedlung“ sein soll, zur Erzielung eines größeren Propaganda-Effekts als Bezeichnung für den

Transfer der deutschen Bevölkerung nach dem II. Weltkrieg — wie konnte dann dieser Transfer Bevölkerungsverluste verursachen, da er sich noch im Stadium des Projekts befand und da die Gebiete, wo er durchgeführt werden sollte, noch unter der Kontrolle deutscher Armeen standen?

Den Autoren derartiger „Bilanzen“ geht es darum, unter dem Vorwand überaus genauer Berechnungen eine als „Bilanz“ bezeichnete Aufstellung von Zahlen zu schaffen, deren Debet-Saldo möglichst hoch wäre. Dies wird dadurch erreicht, daß die einzelnen Positionen auf der „Haben-Seite“ entsprechend hoch geschraubt und auf der „Soll-Seite“ entsprechend verringert werden. Bestimmte Positionen — und zwar ausschließlich auf der „Soll-Seite“ werden überhaupt nicht angeführt, unter dem Vorwand, daß sie nicht berechnet werden können. Dadurch erhöht sich der Haben-Saldo automatisch und schwillt immer mehr an. Er umfaßt schließlich alle biologischen Verluste der Zivilbevölkerung der ehemaligen deutschen Ostprovinzen. Der so präparierte Saldo wird nun „Vertreibungsverluste“ genannt, wobei schon der Name andeutet, daß für alle diese Verluste diejenigen Staaten verantwortlich sind, die im Einklang mit den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung vorgenommen haben.

Das, was bei den westdeutschen Statistikern eine verschleierte Andeutung ist, verwandelt sich in den Schriften und Äußerungen der Revisionisten in der Bundesrepublik in eine direkte An-

klage wegen „der beispiellosen Verbrechen an der deutschen Bevölkerung“.

Diese Methoden können kaum anders als eine propagandistische Provokation im Goebbels-Stil bezeichnet werden. Sie vergiften die politische Atmosphäre in Europa und dienen der Schaffung eines entsprechenden Klimas für die, den Weltfrieden überaus gefährdenden Gebietsansprüche der Bundesrepublik.

## A N H A N G

Die Idee der Umsiedlung ganzer Bevölkerungsgruppen als Mittel zur Lösung des Problems ethnischer Minderheiten taucht zum ersten Mal schon im Jahre 1814 in der politischen Literatur bei dem bekannten deutschen Historiker Heinrich Luden auf.

Der erste Vorbote der späteren Massenausiedlungen war die von Bismarck als preußischem Ministerpräsidenten angeordnete Ausweisung 35 000 österreichischer und russischer Staatsbürger polnischer Abstammung aus den von Preußen beherrschten polnischen Gebieten.

Während des ersten Weltkrieges zog die Diskussion in Deutschland über die Umsiedlung großer Bevölkerungsgruppen weite Kreise. Nach den von deutschen Politikern ausgearbeiteten konkreten Annexionsprojekten — sollte diese Umsiedlung die im Westen und Osten an Deutschland grenzenden Gebiete umfassen, über die das Reich nach dem erhofften siegreichen Kriegsende seine Herrschaft in irgendeiner Form auszudehnen dachte. So schlug z. B. die von Großadmiral Alfred von Tirpitz geförderte Vaterlandspartei die

Umsiedlung der belgischen Bevölkerung nach Ostpreußen vor.

Zwei mächtige, einflußreiche Organisationen der deutschen Industrie, und zwar der „Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“ und der „Verein Deutscher Eisenhüttenleute“, schlugen im Jahre 1917, in einer Denkschrift an die Reichs- und Oberste Heeresleitung über die Annexion des französisch-lothringischen Eisenreviers, ohne Umschweife die Aussiedlung der dortigen Bevölkerung vor. „Mit den wenigen Quadratkilometern neuen Landes — heißt es in der Denkschrift — brauchen wir keine zahlreiche Bevölkerung zu übernehmen. Frankreich ist arm an Arbeitskräften und kann die in lothringischen Minenrevieren freiwerdenden Landeskinder sonstwo ansiedeln.“

Im Osten, wo die Zentralmächte Deutschland und Österreich-Ungarn im Jahre 1915 die bisher unter russischer Herrschaft stehenden polnischen Gebiete besetzten, wurden zahlreiche, konkrete Aussiedlungspläne ausgearbeitet.

Unmittelbar nach Ausbruch des ersten Weltkrieges beantragte der „Alldeutsche Verband“, man solle nach dem Sieg die Bevölkerung aus den weiteren, an Deutschland fallenden polnischen Gebieten massenhaft aussiedeln, um auf diese Weise Raum für deutsche Siedler zu gewinnen. Der Vorsitzende des „Alldeutschen Verbandes“, Heinrich Class, verfasste im September 1914 im Einvernehmen mit Alfred Hugenberg eine Denkschrift, in der er u. a. diese Massenaussiedlung forderte.

Im Herbst 1914 forderten die Wortführer des „Deutschen Ostmarkenvereins“ (H.K.T.), Professor L. Bernhard und Dr. L. Wegener, in einer Denkschrift unter dem Titel „Die Ostgrenze“, die Schaffung eines breiten Grenzstreifen, aus dem die polnische Bevölkerung auszusiedeln wäre.

Eine von bekannten deutschen Professoren, höheren Staatsbeamten, Industriellen, Gutsbesitzern und Politikern verfasste und am 20. Juni 1915 dem Reichskanzler unterbreitete vertrauliche Denkschrift forderte u. a., daß längs der Ostgrenze der damals zu Preußen gehörenden Provinz von Poznań und Oberschlesien und längs der Südgrenze Ostpreußens ein breiter Grenzstreifen geschaffen werden solle, aus dem möglichst alle bisherigen polnischen Grundeigentümer ausgewiesen werden sollen, um die Ansiedlung von Deutschen zu ermöglichen. Dieser Grenzstreifen würde gleichzeitig die preußischen Staatsbürger polnischer Abstammung dem unmittelbaren Einfluß der Polen aus den zu Rußland gehörenden Gebieten entziehen, die vielleicht nach dem Krieg unabhängig werden könnten.

Aus jener Zeit (1915) stammt auch ein Vorschlag von Erich Keup, wonach drei Millionen Polen aus dem Grenzgebiet ausgesiedelt werden sollen um so zwischen den Polen in Preußen, die germanisiert werden sollten, und den Polen in den bisher russischen Gebieten eine Barriere zu errichten. Der Vorschlag von Keup wurde von Hindenburg und Ludendorff wohlwollen aufgenommen.

Der Regierungspräsident von Frankfurt a/Oder, von Schwerin, befürwortete in zwei Denkschriften vom 25. März 1915 und 18. Januar 1916 die Annexion weiterer, beträchtlicher Teile Polens durch Deutschland. Aus einem breiten Gebietsstreifen zwischen der bisherigen Ostgrenze des Reiches und einer von Suwałki südwestwärts über Warszawa und Kielce verlaufenden Linie sollte die polnische Landbevölkerung ausgewiesen und durch deutsche Siedler aus dem Reich und aus Rußland ersetzt werden.

Der Gedanke an die Aussiedlung der Polen war noch im Jahre 1918 in Deutschland lebendig. Am 6. April 1918 richteten der Provinzialvorsitzende des „Bundes der Landwirte“ in Poznań (Posen) — von Wedemeyer, der Vorsitzende des Zentralvereines der Vereinigten Konservativen der „Provinz Posen“ (Poznań) — von Klitzing, die Provinzialvorsitzenden des „Ostmarkenvereins“ — von Bernuth und des Landesvereins der Vaterlandspartei — von Heyking, sowie der Oberbürgermeister von Bydgoszcz, Mitzleff, eine Denkschrift an Generalfeldmarschall von Hindenburg, in der sie die Annexion des westlichen und nördlichen Teils des sogenannten „Königreichs Polen“ forderten aus dem alle polnischen Gutsbesitzer und Großbauern ausgesiedelt und ihr Landbesitz unter gediente deutsche Soldaten verteilt werden sollte.

Wie weit dieser Gedanke schon damals unter den Vertretern der imperialistischen deutschen Politik verbreitet war, beweist eine Denkschrift

des Generalfeldmarschalls von Hindenburg von 5. Juli 1918. Diese Denkschrift, ein klassisches Dokument der deutschen Ostpolitik, war — im gewissen Sinne — eine Zusammenfassung aller seit Kriegsbeginn bekannt gewordenen Vorschläge zu diesem Thema. Die Beharrlichkeit, mit der man — trotz der sich bereits deutlich abzeichnenden Niederlage Deutschlands — auf der Aussiedlung der polnischen Bevölkerung aus rein polnischen Gebieten beharrte, beweist, daß man diese Methode der Germanisierung als eine wesentliche Voraussetzung für die Durchführung der damaligen Ostpolitik ansah.

Auch nach der Niederlage des kaiserlichen Deutschlands gab die Weimarer Republik den Gedanken an neue Expansionsversuche im Osten nicht auf. Die Hauptaufgabe sah man zwar vorerst in einer Revision des Versailler Vertrages; man kann sich jedoch leicht vorstellen, was geschehen wäre, wenn Voraussetzungen für neue Expansionsversuche und Aussiedlungspläne vorhanden gewesen wären, da ja der Verfasser der Denkschrift vom 5. Juli 1918, Generalfeldmarschall von Hindenburg, von 1925 bis 1934 das Amt des deutschen Reichspräsidenten innehatte.

Das Dritte Reich knüpfte nicht nur an alle Überlieferungen der preußisch-deutschen Ostpolitik an, sondern setzte sie auch in die Tat um, ohne sich auch nur um den Schein von Fug und Recht zu bekümmern. Die „Germanisierung am Boden“ wurde durch rücksichtslose Maßnahmen schnell vorwärts getrieben. Aussiedlungen, ja, die Aus-

rottung ganzer Völker oder Bevölkerungsteile sollten diesem Zwecke dienen. Die Aussiedlungen sollten dabei nur der erste Schritt in dieser Richtung sein.

Einen Begriff von der Reichweite der deutschen Pläne aus jener Zeit vermittelt der sogenannte „Generalplan Ost“. Er befaßte sich mit der Bevölkerung der weiten Gebiete zwischen der deutschen Vorkriegsgrenze im Osten und einer Linie, die vom Ladoga-See im Norden bis nahe zur Landenge von Perekop (Halbinsel Krim) im Süden verläuft. Nach der ersten Fassung dieses Planes sollten aus diesen Gebieten im Laufe von 25 Jahren 31 Millionen Menschen ausgesiedelt werden. Die zweite „verbesserte“ Fassung erhöhte diese Zahl auf ca. 37 Millionen Menschen, darunter ca. 20 Millionen Polen. Die Aussiedlung sollte nach Sibirien erfolgen. Teilweise wollte man auch eine Auswanderung nach Südamerika im Austausch gegen dort ansässige Deutsche in Erwägung ziehen. Die jüdische Bevölkerung sollte sofort an Ort und Stelle ausgerottet werden.

Mit der Durchführung dieser Pläne betraute Hitler das Reichskommissariat für die Festigung deutschen Volkstums (RKFDV), an dessen Spitze der Reichsführer SS Heinrich Himmler stand. Die Tätigkeit dieses Reichskommissariats hat Robert L. Koehl aufgrund der dem Nürnberger Militärgerichtshof vorgelegten Dokumente in seinem Buch „*RKFDV: German Resettlement and Population Policy 1939—1945*“ dargelegt. Es gibt einen erschütternden Einblick in die konsequente, plan-

mäßige Germanisierung, welche imperialistischen Zielsetzungen des Dritten Reiches mit totalen Mitteln einschließlich der völligen Ausrottung fremder Völker und Völkerschaften verwirklichen sollte.

Diese Bevölkerungsbewegungen müssen im Zusammenhang mit diesen Zielsetzungen betrachtet werden.

Unmittelbar nach der Besetzung Polens bis an den Bug im Jahre 1939 begann Deutschland seine Expansionspläne im Osten durch die willkürliche Verschiebung seiner Grenzen zu verwirklichen. Am 26. Oktober 1939 wurde ein Teil der besetzten polnischen Gebiete dem Deutschen Reich einverleibt.

Vor dem Krieg lebten in diesem Raum ca. 10,5 Millionen Menschen, davon waren nur 600 000 deutscher Abstammung.

Die übrigen von Deutschland besetzten Teile Polens wurden zu einem an eine Kolonie erinnernden „staatsrechtlichen“ Gebilde, dem sogenannten „Generalgouvernement“ zusammengefaßt. In diesem „Generalgouvernement“ wohnten vor dem Krieg 12 Millionen Menschen, darunter 96 000 Deutsche.

Die deutsche Minderheit machte zahlenmäßig im Verhältnis zur polnischen Bevölkerung nur einen geringen Prozentsatz aus. Maßgebende deutsche Stellen waren sich dessen bewußt und entschlossen sich daher, die bevölkerungspolitischen Ziele, mit den radikalsten Mitteln (die physische Ausrottung einbegriffen) durchzusetzen.



In den „eingegliederten Gebieten“ sollte ein Teil der Bevölkerung „eingedeutscht“, der Rest ausgesiedelt werden. Die Zahl der zur Aussiedlung bestimmten Polen wurde auf 5 636 000 geschätzt. Während des Krieges sollte dieses Programm jedoch nur zum Teil verwirklicht werden, da die Ansiedlung einer ausreichend großen Anzahl von deutschen Einwanderern undurchführbar gewesen wäre und da man auf polnische Arbeitskräfte nicht verzichten konnte.

An erster Stelle muß aber während des Krieges planmäßig durchgeführte Vernichtungsaktion erwähnt werden, die in ihrer Grausamkeit und in ihrem Umfang in der ganzen Geschichte der Menschheit beispiellos ist. Die Bevölkerung jüdischer Herkunft wurde fast restlos ausgerottet. Von 3,5 Millionen Juden in Polen entgingen nur wenige tausend dem Tode. In den Vernichtungslagern Auschwitz, Majdanek, Treblinka u. a. wurden hunderttausende Juden aus anderen Ländern Europas umgebracht die in Massentransporten zur Liquidierung nach den Vernichtungslagern gebracht wurden:

Insgesamt kamen während des zweiten Weltkrieges 6 028 000 polnische Staatsbürger polnischer und jüdischer Abstammung um, davon nur 644 000 Menschen infolge von Kampfhandlungen. Der Rest fand in Vernichtungslagern, bei „Befriedungs-“ und Strafexpeditionen, bei Massenhinrichtungen, im Zuge der Liquidierung von Ghettos, in Gefängnissen, vor Erschöpfung bei Zwangsarbeiten und ähnlichen Umständen den Tod.

Es muß noch hinzugefügt werden, daß die Juden vor ihrer Ausrottung zunächst in Ghettos zusammengepfercht wurden, die von deutschen Behörden in zahlreichen Ortschaften angelegt worden waren. Etwas später wurden sie in einigen großen Ghettos zusammengedrängt. Tausende starben vor Hunger und Seuchen. Die Überlebenden aus den Ghettos wurden in Vernichtungslagern umgebracht. Nur eine geringe Zahl der arbeitsfähigen Ghettobewohner wurde in besondere Arbeitslager eingewiesen, von wo sie erst später, nach totaler Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, in Vernichtungslager gebracht wurden.

Bei den Aussiedlungen aus den „eingegliederten Gebieten“, muß man zwischen Vertreibungen aus den Wohnstätten, die jedoch nicht mit einer Ausweisung aus dem bisherigen Wohnort verbunden waren und Aussiedlungen ins „Generalgouvernement“ sowie Verschleppungen zu Zwangsarbeiten ins „Altreich“ unterscheiden.

Die genaue Zahl der in den eingegliederten Gebieten von ihren Höfen vertriebenen Bauern ist nicht bekannt. Allein im sogenannten „Warthe-land“ wurden in den Jahren 1941—1943 nahezu 400 000 Bauern von ihren Höfen vertrieben, 104 366 von ihnen wurden ins Reich verschleppt. Es steht fest, daß im Jahre 1944 wegen des Zustroms deutscher Flüchtlinge das Ausmaß der Vertreibungen höher war als im Jahre 1943. Die von ihren Höfen vertriebenen polnischen Bauern mußten ihren bisherigen Landkreis verlassen. Insofern war in diesem Falle die Vertreibung von

Haus und Hof mit der Ausweisung aus der bisherigen Heimat gleichzusetzen.

Die Vertriebenen wurden dabei vollkommen ihrem Schicksal überlassen.

Ferner müssen die massenhafte Vertreibungen von polnischen Stadtbewohnern aus ihren Wohnungen in den „eingegliederten Gebieten“ erwähnt werden. Alle besseren Wohnungen mußten geräumt werden. Das ganze Mobiliar mußte für die einziehenden Deutschen zurückgelassen werden.

Die ausgesiedelte polnische Bevölkerung wurde gleichzeitig ihres Eigentums beraubt. Auf diese Weise befanden sich am Ende des Krieges 80% des gesamten Ackerbodens im sogenannten „Wartheland“ in den Händen von Deutschen. Durch Aussiedlungen verloren die polnischen Einwohner in den Städten und Dörfern der „eingegliederten Gebiete“ hunderttausend Wohnungen mit Einrichtung. Industrie- und Handelsunternehmen wurden zugunsten deutscher Umsiedler enteignet.

Die zwangsweisen Umsiedlungen innerhalb der „eingegliederten Gebiete“ wurden von Vertreibungen aus diesen Gebieten ins „Generalgouvernement“ noch übertroffen. Sie umfaßten einschließlich der Juden ca. 1,8 Millionen Menschen.

Weiter wurden Polen aus diesen Gebieten massenhaft zu Zwangsarbeiten ins „Altreich“ verschleppt. Deutschen Quellen zufolge wurden am 30. Juni 1944 im Reich 592 471 Fremdarbeiter aus den „eingegliederten“ polnischen Gebieten gezählt.

Die Zahl der aus dem Generalgouvernement zu Zwangsarbeiten nach Deutschland verschleppten Polen betrug nach deutschen Quellen am 30. Juni 1944 in den Vorkriegsgebieten Deutschlands 764 388 (zusammen mit den aus den „eingegliederten Gebieten“ Verschleppten also 1 356 859).

Diese Zahl umfaßt jedoch nicht während des Krieges zu Zwangsarbeiten verschleppten Polen. Sie berücksichtigt nur die am Stichtage, also am 30. Juni 1944, im Reich arbeitenden Menschen. Diese Zahl nahm schon einige Wochen später bedeutend zu, insbesondere nach der Kapitulation der Warschauer Aufständischen. Außerdem war ein Teil der Zwangsarbeiter schon vor dem Zähltag vor Erschöpfung oder infolge von Krankheiten gestorben oder Luftangriffen zum Opfer gefallen. Die Verluste betragen ungefähr 300 000 Tote. Eine kleine Anzahl von Verschleppten war noch vor dem Zähltag nach dem Generalgouvernement zurückgekehrt (größtenteils Kranke und Invaliden). Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände wird die Gesamtzahl der zu Zwangsarbeiten nach dem „Altreich“ verschleppten Polen auf über 1,7 Millionen Menschen geschätzt.

Im „Generalgouvernement“ wurden u. a. die Einwohner von mehr als hundert Dörfern ausgesiedelt. Ganze Ortschaften wurden dem Erdboden gleichgemacht, um für große militärische Übungsplätze Platz zu schaffen, wie z. B. im Distrikt Radom bei Koziencice und im Distrikt Kraków bei Dębica.

Ein harter Schlag war für die polnische Bevöl-

kerung die Schaffung von deutschen Wohnvierteln in mehreren Städten, vor allen in Warszawa und Kraków. Die Polen mußten tausende Wohnungen räumen und in andere Stadtviertel umziehen, wo sie oft nur notdürftig Unterkunft finden konnten.

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Jahre 1941 begannen die Besatzungsbehörden im südöstlichen Teil des „Generalgouvernements“ rings um die Stadt Zamość eine deutsche Bevölkerunginsel zu schaffen. Zamość gehörte vor dem Krieg zur Woiwodschaft Lublin, in der damals eine kleine Minderheit von ca. 30 000 Deutschen lebte.

Während drei Aktionen, die in dem Zeitraum November 1941, Oktober 1942 — Mai 1943, 27. Juni — 15. August 1943 stattfanden, wurden aus diesem Gebiet mit ca. 112 000 Einwohnern besiedelten über 100 000 Menschen ausgesiedelt.

Bekannt sind folgende amtliche Angaben aus deutschen Quellen über das Schicksal der im Sommer 1943 aus dem Distrikt Zamość ausgesiedelten Polen:

- 264 Kinder wurden von ihren Eltern gerissen und in Anstalten im Reich oder in Lager in Łódź zur Eindeutschung eingewiesen,
- 26 007 Personen wurden zu Zwangsarbeiten nach Deutschland verschleppt,
- 3 207 Personen wurden zu Zwangsarbeiten ins „Generalgouvernement“ deportiert,
- 6 000 Arbeitsunfähige (Greise, Kranke, Frauen) wurden in der Nähe von Warszawa aus den Transporten gejagt und ihrem Schicksal überlassen,

- 373 Personen flüchteten,
- 514 Personen starben während der Aktion (die meisten wurden erschossen),
- 24 waren Zigeuner (der Bericht verschweigt, daß die Zigeuner zur Vergasung nach Auschwitz eingeliefert wurden).

Bis Juli 1943 wurden allein im Kreis Zamość von 691 Dörfern 297 gänzlich oder teilweise von Polen „gesäubert“. Aus diesem Kreis wurden auch alle Ukrainer in den Nachbarkreis Hrubieszów umgesiedelt. Zu diesem Zwecke wurde wiederum eine entsprechende Zahl von polnischen Bauernhöfen geräumt.

Während des Warschauer Aufstandes und nach seinem Zusammenbruch im Oktober 1944 kamen ca. 250 000 Einwohner infolge von Massenerschießungen und Terrorluftangriffen um. Alle 600 000 am Leben gebliebenen Einwohner der auf dem linken Weichselufer gelegenen Stadtteile von Warszawa — wurden nach der Kapitulation ausgesiedelt. Ein Teil von ihnen wurde in Konzentrationslager, andere zu Zwangsarbeiten ins Reich verschleppt. Die meisten wurden in entlegene Gegenden deportiert und ihrem Schicksal überlassen. Die Evakuierung von Warszawa war keinesfalls als eine vorübergehende Maßnahme gedacht, da die vollständige Zerstörung der Stadt beschlossen und vorgenommen wurde.

Während des Krieges zogen insgesamt über 1,3 Millionen nicht im Wehrdienst stehende Deut-

sche nach Polen. Das Statistische Bundesamt gibt die Zahl der Neusiedler aus dem Reich in den „eingegliederten Gebieten“ für 1943 und 1944 mit 437 000 und im Generalgouvernement mit 230 000 an, macht jedoch auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die sich bei der Ermittlung von Angaben über die deutsche Zuwanderung ergeben.

Englischen und amerikanischen Autoren zufolge übersiedelten ca. 500 000 Menschen in die „eingegliederten Gebiete“ und ca. 300 000 Deutsche ins Generalgouvernement aus dem Reich. Aus Ost- und Südeuropa wanderten ca. 500 000 in die „eingegliederten Gebiete“ und einige Zehntausend Deutsche in das Generalgouvernement ein.

Anhand von amtlichen deutschen Berichten und Aufzeichnungen kann man sich ein genaues Bild über den Verlauf der deutschen Siedlungsaktion im sogenannten Wartheland (die Woiwodschaften von Poznań und Łódź) machen.

Die deutsche Bevölkerung des „Warthelandes“ betrug:

1939	—	324 600	Menschen
1941	—	786 500	„
1943	—	946 400	„

Am stärksten stieg die Zahl der Deutschen in den Hauptstädten der drei geschaffenen Regierungsbezirke des Warthelandes an. Der Zuwachs betrug in Poznań ca. 87 tausend, in Łódź ca. 80 tausend und in Inowrocław 10 tausend deutsche Einwohner. Auf diese Weise wurde die Zahl der

Deutschen in Poznań 15 Mal, in Inowrocław 11 Mal und in Łódź 2,3 Mal höher als vor dem Kriege.

Im März 1944 auf einer Feier meldete der Kriegsverbrecher Heinz Reinefarth in Łódź dem Gauleiter von Poznań — Greiser, die Ansiedlung des millionsten Deutschen im „Warthegau“.

Nach 1941 stieg die Zahl der Deutschen im „Wartheland“ — vor allem infolge des wachsenden Zustroms aus dem sogenannten Altreich — weiter an. Familienmitglieder von früher eingereisten und bereits häuslich eingerichteten Deutschen, ferner Belegschaften von evakuierten Industriebetrieben, trugen hauptsächlich dazu bei, daß die Zahl der Deutschen im sogenannten Wartheland ständig stieg. Dazu kamen noch die Deutschen, die aus dem Osten und dem Generalgouvernement vor der immer näher rückenden Front flohen.

Im Generalgouvernement ließen sich während des Krieges, wie bereits erwähnt, ca. 300 000 Deutsche aus dem Reich nieder. Außerdem wurden in der Gegend von Zamość nach der Überführung der meisten (30 000) dort ansässigen Deutschen nach dem „Wartheland“ und den Massenaussiedlungen der polnischen Bevölkerung, deutsche Einwanderer aus Ost- und Südeuropa angesiedelt. 45 455 Neusiedler übernahmen den Boden von über 142 000 bisherigen Einwohnern. Die Größe der neuen landwirtschaftlichen Betriebe sollte den neuen Besitzern den Lebensstandard eines „Herrenvolkes“ würdigen

Lebensunterhalt" sichern. Die nicht ausgewiesenen Polen wurden in der Mehrzahl von den deutschen Neusiedlern als Knechte eingestellt.

Die Zuwanderung von Deutschen aus Gebieten außerhalb des Deutschen Reiches in die besetzten polnischen Gebiete veranschaulicht die nachstehende Tabelle:

WÄHREND DES KRIEGES IN POLNISCHEN GEBIETEN  
ANGESIEDELTE DEUTSCHE AUS OST- UND SÜDEUROPA

Jahr	Herkunftsland	Zahl der Umgesiedelten			
		Inge- samt	In die ein- geglieder- ten Ge- biete	Ins General- gouver- nement	In Durch- gangs- lagern
1939	Estland und Lettland	61 655	61 655	—	—
1941	Estland und Lettland	16 200	6 200	10 000	—
1941	Litauen	50 000	50 000	—	—
1940	Wolhynien, Ostgali- zien, Gegend von Narwa	105 007*	102 643	—	2 364
1940	Bessarabien	63 000	—	—	—
1940	Südbukowina	55 200	52 200	3 000	—
1940	Dobrutscha	14 000	12 644	2 156	—
1940	Kroatien, Bosnien, Herzegowina	30 000	—	20 000	10 000
1941/43	Serbien	1 900	—	1 000	—
1941	Andere Gebiete	11 322	11 322	—	—
1942	Gegend von Leningrad	6 000	—	2 104	3 896
	Insgesamt	487 664*	408 914	43 160	35 510

\*) Außerdem wurden 23 000 ins Sudetenland umgesiedelt.

Von Ende 1943 bis Mitte 1944 wurden die gegenwärtigen polnischen West- und Nordgebiete an

der Oder und Ostsee sowie die sogenannten „eingegliederten Gebiete“ Vorkriegspolens von einem Strom von deutschen Flüchtlingen aus dem Reich überflutet, die sich hier vor den Fliegerangriffen der westlichen Alliierten auf deutsche Städte und Industriezentren in Sicherheit bringen wollten. Viele, die bei Verwandten und Freunden Unterkunft finden konnten, zogen auf eigene Faust in diese Gegenden. Deutschen Quellen zufolge strömten schon im Februar und März 1944 ca. 825 000 Evakuierte in die Gebiete östlich der Oder und Neiße. In den folgenden Monaten wuchs ihre Zahl auf 1 200 000.

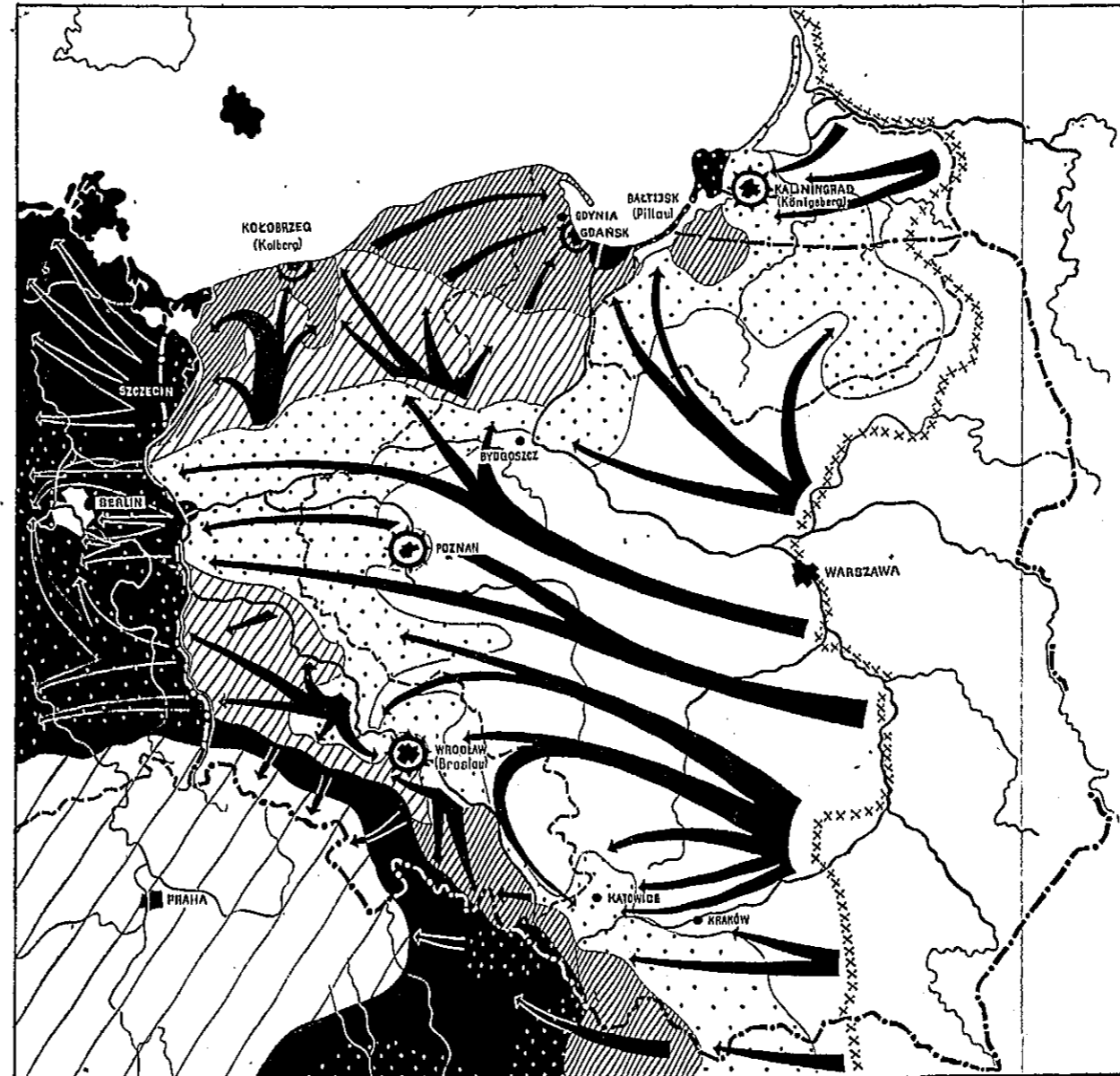
Gleichzeitig wurden im Raum zwischen der Oder im Westen und der Westgrenze des „Generalgouvernements“ im Osten auch deutsche Bevölkerungsgruppen aus den seit dem 18. und 19. Jahrhundert im Innern der Sowjetunion und am Schwarzen Meer bestehenden deutschen Siedlungen angesiedelt.

Im Jahre 1943 wurden 11 500 deutsche Kolonisten aus dem Kaukasus und dem Donezbecken und 10 500 Kolonisten aus Weißrußland umgesiedelt. An der Wende der Jahre 1943 und 1944 trafen 44 600 Deutsche aus Wolhynien und 72 000 aus der Ukraine in den „eingegliederten Gebieten“ ein. Im „Wartheland“ allein betrug die Zahl der Flüchtlinge verschiedener Herkunft 285 000 Menschen. Die kurz zuvor in der Umgebung von Zamość angesiedelten und dort im Januar 1944 wieder evakuierten Deutschen landeten in einem großen Umsiedlerlager in Łódź.

DIE OSTFRONT IN DEN LETZTEN MONATEN DES ZWEITEN WELTKRIEGES —  
OFFENSIVE DER SOWJETISCHEN UND POLNISCHEN ARMEEN

Deutsche Kolonisten aus Galizien wurden in die Durchgangslager Kraków und Katowice eingewiesen. Ein Teil der aus dem sogenannten Transnistrien (Gebiete der Moldauischen Sowjetrepublik östlich des Dniestr) am Schwarzen Meer evakuierten deutschen Bevölkerungsgruppe wurde in Flüchtlingslagern in den „eingegliederten Gebieten“ aufgefangen.

Als Anfang 1945 die große sowjetische Offensive einsetzte, ergriffen diese deutsche Bevölkerungsgruppen die panische Flucht. Darüber hinaus ordneten die deutschen Behörden die Evakuierung der gesamten deutschen Bevölkerung an. Diese Anordnungen kamen in der Regel jedoch zu spät und waren ungenügend vorbereitet. Daher ist es auch nicht verwunderlich, daß die deutsche Bevölkerung in dem strengen Winter und im Verlauf der schnellen Verschiebung der Fronten schwere Verluste erlitt.



- — — — — ● Die Grenzen von 1945
- - - - - Die deutsche Ostgrenze 1939
- xxxxxxxx Die Front Anfang Januar 1945
- Vormarsch:
- (dots) 24. Januar bis 10. Februar 1945
- (diagonal lines) 11. Februar bis 4. März 1945
- (cross-hatch) 5. — 31. März 1945
- (dots) 1. — 30. April
- (solid black) 1. — 8. Mai
- (diagonal lines) Kapitulationsgebiete